

bundessparte  
**industrie  
aktuell**

wissenschaftliches institut

**2012 1**



**Wolfgang Welser**

Langfristiges Denken erwünscht...

**Paul Rübiger**

Energiepolitische Herausforderungen  
für die Europäische Union

**Leistungsbericht**

der Bundessparte Industrie

**Industriekonjunktur aktuell**

Im Überblick und nach Branchen

## Bundessparte Industrie (BSI)

Die **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich** vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

## Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das **Industriewissenschaftliche Institut (IWI)** setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).



### Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900-3460

Telefax: 05 90 900-273

Internet: <http://wko.at/industrie>, E-Mail: [bsi@wko.at](mailto:bsi@wko.at)

<b>Präsidium</b>	Obmann	KommR Ing. Wolfgang Welser	Welser Profile Austria GmbH
	Stellvertreter	Präs. Dr. Veit Sorger Vizepräs. KommR DI Dr. Clemens Malina-Altzinger	Mondi Packaging AG Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
	kooptiert	Günter Dörflinger, MBA Dr. Paul Rübiger	Christof Holding AG Rübiger GmbH & Co KG
<b>Geschäftsführer</b>		Dr. Manfred Engelmann	



### Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien

Telefon: 513 44 11-0

Telefax: 513 44 11-2099

Internet: <http://www.iwi.ac.at>, E-Mail: [office@iwi.ac.at](mailto:office@iwi.ac.at)

<b>Vorstand</b>	Vorsitzender	Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler	
	Stellvertreter	Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer	Wirtschaftskammer Österreich Vereinigung der Österreichischen Industrie
		Mag. Markus Beyrer Dr. Wolfgang Damianisch Mag. Christian Domany GF Dr. Manfred Engelmann Dr. Erhard Fürst Dr. Herwig W. Schneider	ÖIAG Wirtschaftskammer Österreich
<b>Kuratorium</b>	Vorsitzender	VPräs. Dr. Hellmut Longin	Vereinigung der Österreichischen Industrie
	Stellvertreter	Prof. Herbert Krejci Dir. Mag. Dr. Johannes Turner	Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Österreichische Nationalbank
<b>Geschäftsführer</b>		Dr. Herwig W. Schneider	
<b>Wissenschaftlicher Leiter</b>		Univ.Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík	

# industrie aktuell

**Manfred Engelmann** ..... 2  
Die Sicht aus dem Lehnstuhl

**Wolfgang Welsch** ..... 3  
Langfristiges Denken erwünscht...

**Paul Rübiger** ..... 5  
Energiepolitische Herausforderungen  
für die Europäische Union

## Leistungsbericht 2011

**Christoph Kainz, Johann Markl,  
Andreas Mörk** ..... 8  
Arbeitgeberpolitik

**Hagen Pleile** ..... 11  
Recht und Infrastruktur

**Andrea Bärenthaler, Richard Guhsl,  
Christian Kaiser** ..... 14  
Umwelt- und Energiepolitik

**Michael Renelt** ..... 20  
Wirtschafts- und Forschungspolitik

**Manfred Engelmann** ..... 30  
Öffentlichkeitsarbeit

## Industriepolitik

**Herwig W. Schneider** ..... 24  
Anmerkungen zur Entstehung  
der Schuldenkrise

# inhalt

## Industriekonjunktur

**Herwig W. Schneider** ..... 24  
Die internationale Konjunktorentwicklung

**Manfred Engelmann** ..... 30  
Industriekonjunktur:  
Weiterhin gedämpfte Erholung

## Industriekonjunktur nach Branchen

Branchenübersicht .....	32
Gesamtindustrie .....	33
Bergwerke und Eisen erzeugende Industrie .....	33
Stein- und keramische Industrie .....	34
Glasindustrie .....	34
Chemische Industrie .....	35
Papierindustrie .....	35
Papierverarbeitende Industrie .....	36
Bauindustrie .....	36
Holzindustrie .....	37
Lebensmittelindustrie .....	37
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie .....	38
Gießereiindustrie .....	38
NE-Metallindustrie .....	39
Fahrzeugindustrie .....	39
Maschinen- und Metallwarenindustrie .....	40
Elektro- und Elektronikindustrie .....	40

---

<b>Herausgeber</b>	Industriewissenschaftliches Institut Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie
<b>Medieninhaber</b>	Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4
<b>Redaktion</b>	Christoph Hartmann (Chefredakteur), Michael Renelt
<b>Satz und Layout</b>	CMS Vesely GmbH, A-2100 Korneuburg
<b>Autoren</b>	Andrea Bärenthaler, Manfred Engelmann, Richard Guhsl, Christoph Kainz, Christian Kaiser, Johann Markl, Andreas Mörk, Hagen Pleile, Michael Renelt, Paul Rübiger, Herwig W. Schneider, Wolfgang Welsch Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.
<b>Auskunft und Bestellung:</b>	Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Telefon: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
<b>Herstellung</b>	AV+ Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien
<b>Erscheinung</b>	Vierteljährlich
<b>ISSN</b>	1023-8387



Manfred Engelmann

## Die Sicht aus dem Lehnstuhl

Es hätte schlimmer kommen können. Der Jahresbericht 2011 der Bundessparte Industrie - der den größten Teil der vorliegenden Ausgabe von „industrie aktuell“ einnimmt - zeigt an einigen exemplarischen Fällen, wie das kleine, engagierte Team der Bundessparte im abgelaufenen Jahr verhindern konnte, dass **weltfremde und völlig unadministrierbare Gesetze und Verordnungen** die Möglichkeit industrieller Tätigkeit in Österreich zusätzlich erschweren.

Es hätte schlimmer kommen können. Gemessen an den populistischen, standortgefährdenden Forderungen ist das tatsächlich verabschiedete **Sparpaket** relativ ausgewogen; dass aber überhaupt in einem Land mit hoher Steuer- und Abgabenbelastung der Staat permanent über seinen reichlichen finanziellen Möglichkeiten lebt - und der Wille dies zu ändern gering ist - bleibt unverständlich.

Es hätte schlimmer kommen können - dies gilt auch für die Konjunktur. Während die **Konjunkturprognosen weiter nach unten revidiert** werden, zeigt sich in der österreichischen Industrie vorläufig kein weiterer Rückgang. Auch wenn eine markante Besserung noch nicht in Sichtweite ist, so scheint zumindest der begonnene Abwärtstrend gestoppt. Allerdings bleibt die Industrie tief gespalten in einige gut laufende (meist stark exportorientierte) Betriebe und akut von der schwachen europäischen Konjunktur bedrohte Unternehmen.

Einen Punkt darf man nie übersehen: Das erleichterte Aufatmen „es hätte schlimmer kommen können“ ist ein **Privileg der Lehnstuhlstrategen**. In den **Industriebetrieben** sorgen auch die bestmöglich entschärften, neuen Bestimmungen für zusätzliche Kosten und zusätzliche Arbeit; sorgt auch ein ausgewogenes Sparpaket für punktuell höhere Lohnnebenkosten und verminderte Fördermittel; sorgt auch eine Bodenbildung der Industriekonjunktur noch für keine positiven Impulse. Derzeit zusätzlich belastet durch wieder ansteigende Rohstoff- und vor allem Energiekosten stehen Unternehmen vor der permanenten Aufgabe ihre **Kostenstrukturen zu verbessern** und - angesichts deutlich gewachsener Unsicherheiten und verkürzten Geschäfts- und Bestellzyklen - **flexibler zu gestalten**. Denn nur mit optimierten Kostenstrukturen kann ein Unternehmen im konjunkturellen Wechselbad der letzten (und aller Wahrscheinlichkeit nach auch der kommenden) Jahre bestehen.

Aufträge gewinnt man - oder man verliert sie. Schon ein zweiter Platz, und sei er auch gegen härtesten internationalen Wettbewerb errungen, erlaubt kein selbstzufriedenes „es hätte schlimmer kommen können“. Zu wünschen wäre, dass den unzähligen „Weltmeistern“ in der österreichischen Industrie - Unternehmen, die sich auf härtest umkämpften Märkten erfolgreich behaupten - durch **Politik, Verwaltung und (medialer) Öffentlichkeit** mehr Wertschätzung entgegengebracht wird. Mehr Wertschätzung und vor allem mehr **Verständnis für die Notwendigkeit entsprechender Rahmenbedingungen am Standort Österreich**; denn ohne eine entsprechende Basis sind „weltmeisterliche“ Erfolge schlicht unmöglich. Erfreulicher Weise gibt es in letzter Zeit in den drei genannten Gruppen gewisse Anzeichen für ein wachsendes Verständnis für die Anliegen der Industrie. Aufrichtig zu bedauern und eine schwere Hypothek für den Standort Österreich ist hingegen, dass das Realitätsbewusstsein bei den Lehnstuhlstrategen der Gewerkschaften (im Gegensatz zu vielen Arbeitnehmervertretern in den Betrieben) offenbar im Schwinden ist, wie die völlige Uneinsichtigkeit bezüglich flexiblerer Arbeitszeiten oder die wirtschaftsfeindlichen Aktionen rund um die Herbstlohnrunde der Metallindustrie gezeigt haben.

**Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.**



Wolfgang Welser

## Langfristiges Denken erwünscht...

Die Industrie ist Trägerin von Wachstum, Wertschöpfung, Beschäftigung und Wohlstand in Österreich. Diese Rolle kann umso wirksamer ausgeführt werden, je mehr die Politik auf positive Rahmenbedingungen achtet.

Industrielle Tätigkeit findet immer und überall unter Konkurrenzbedingungen statt. Unter beinharten Konkurrenzbedingungen. Daher kann eine Industrie nur Bestand haben, wenn sie sich an ihrem **Standort keinen Wettbewerbsnachteilen** gegenüber sieht.

In dieser Ausgabe von „industrie aktuell“ wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundessparte Industrie ausführlich dargestellt, welch **intensiven Kampf** sie fortlaufend führen müssen um in vielen Bereichen solche negativen Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern: Insbesondere im Umweltbereich scheint die Phantasie ungebrochen, trotz verschärfter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen die ohnedies bereits weltweit strengsten Regelungen der Europäischen Union in einer österreichischen Vorreiterrolle nochmals zu verschärfen und besonders restriktiv auszulegen („Golden Plating“).

Ich darf hier klar festhalten: Die Industrie bekennt sich - schon aus eigenen finanziellen Interessen - zu einem möglichst schonenden Einsatz an Rohstoffen und Energie; sie bekennt sich zu einer bestmöglichen Reduktion von Emissionen und Immissionen, orientiert am Stand der Technik. Die Industrie wird aber nie dafür Verständnis haben, wenn ressourcen- und umweltschonende Produktionen am Standort Österreich durch eine **weltfremde und vollzugsuntaugliche Umweltpolitik** sinnlos erschwert werden - und die Produktion in Ländern und Regionen ohne alle umweltpolitischen Rahmenbedingungen abwandert.

Die Fehlentwicklung der Umweltpolitik erleben viele Unternehmen aus unmittelbarer Nähe; aus einer wachsenden Zahl an Vorschriften und Bestimmungen erwächst nicht eine Verbesserung der Lage der Umwelt sondern nur eine **umfangreiche Bürokratie** - zwangsweise nicht zuletzt in den Unternehmen. Auch in der Bundessparte Industrie bindet der verzweigte Versuch, die Gesetzes- und Verordnungsfut in durchführbare und sinnvolle Bahnen zu lenken, einen wachsenden Teil der Ressourcen.

Wenn man als Unternehmer immer wieder erlebt, welche großer Teil der staatlichen Bürokratie (nicht nur im Umweltbereich) wenig mehr unternimmt als sich selbst zu verwalten und für Unternehmen wie Bürger - oft unter dem Motto der Vereinfachung - neue Hürden zu errichten, dann wundert es nicht, wenn die **finanzielle Decke des Staates an allen Ecken und Enden zu knapp** ist. Insofern dient der seit langen Jahren von der Industrie immer wieder erhobene Ruf nach Reduktion der staatlichen Verwaltungskosten und nach Bürokratieabbau einem doppelten Zweck: Einerseits staatliche Tätigkeiten auf ihre anhaltende Notwendigkeit zu überprüfen und damit Unternehmen von Fesseln und Erschwernissen zu befreien, und andererseits dem Staat selbst bei der Verschlingung der Strukturen und damit Reduktion der Kosten zu helfen.

Ich bin überzeugt davon, dass ein **rechtzeitiges Agieren der öffentlichen Hand**, eine rechtzeitige Entrümpelung der staatlichen Aufgaben, eine rechtzeitige Limitierung der Gesetzes- und Verordnungsfut, eine rechtzeitige Systemreform mit dem Ziel der Vereinheitlichung von Bestimmungen der verschiedenen Länder und vielfältiger Behörden; dass also die rechtzeitige Umsetzung dieser seit langem vorgebrachten Wünsche und Vorschläge der Industrie die zuletzt aufgetretenen Probleme des Staatsfinanzen in Österreich gar nie hätte virulent werden lassen.

Mit anderen Worten: Die Republik hätte weiter ihr Triple-A-Rating, Sparpa-

Mit dem Sparpaket zahlt Österreich nicht - wie vielfach falsch dargestellt - für die Folgen der Wirtschaftskrise 2008/09, sondern für die langjährige Unwilligkeit entsprechende Reformen durchzuführen. Die Industrie begrüßt das Sparpaket als insgesamt gelungenen Schritt in einer schwierigen Situation, als Schritt die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit wieder zu gewinnen.

Die Industrie wird nie dafür Verständnis haben, wenn ressourcen- und umweltschonende Produktionen am Standort Österreich durch eine weltfremde und vollzugsuntaugliche Umweltpolitik sinnlos erschwert werden - und die Produktion in Ländern und Regionen ohne alle umweltpolitischen Rahmenbedingungen abwandert.

Ich hoffe, dass die negativen Erfahrungen mit der Sackgasse der Finanzpolitik und der langjährigen Verweigerung der Realität bei der Pensionsvorsorge zu einer faktenbasierten Befassung mit Fragen der Lohnpolitik und der Arbeitszeitflexibilisierung beitragen werden.

kete würden die Österreicherinnen und Österreicher nur aus der Auslandsberichterstattung der Medien kennen - und die Industrie wäre von manchem bürokratischen Ballast befreit.

Mit dem sogenannten **Sparpaket** zahlt Österreich letztlich **nicht** - wie vielfach falsch dargestellt

- für die Folgen der Wirtschaftskrise 2008/09, sondern für die langjährige Unwilligkeit entsprechende Reformen durchzuführen. Die Industrie begrüßt das Sparpaket als insgesamt gelungenen Schritt in einer schwierigen Situation, als Schritt die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit wieder zu gewinnen.

Positiv am Sparpaket ist insbesondere, dass allen Versuchen aus populistischen Gründen die österreichische Wirtschaft, und insbesondere die Industrie, übermäßig zu belasten **widerstanden** wurde. Ich führe dies nicht zuletzt auf den unermüdlischen Einsatz der Industrie - vor allem auch der Bundessparte Industrie - zurück, das Bewusstsein für die große Bedeutung der Industrie für Wertschöpfung, Wohlstand, Beschäftigung und auch Steuerleistung in Österreich bei den Entscheidungsträgern ebenso zu stärken wie die Einsicht in die Exponiertheit der Industrie und damit ihre Anfälligkeit für verschlechterte Standortbedingungen.

Das Sparpaket muss ein Anstoß sein, offensiv die Aufgaben und Ausgaben des Staates zu durchforsten.

Nicht überzeugt bin ich davon, dass das vorgelegte Maßnahmenpaket ausreichen wird, die angestrebten Ziele hinsichtlich der Verbesserung der öffentlichen Finanzlage

zur Gänze zu erreichen. Zu viel ist noch nicht endgültig ausverhandelt, ja teilweise noch nicht einmal angesprochen. Daher muss das Sparpaket gleichzeitig ein Anstoß sein, offensiv die **Aufgaben und Ausgaben des Staates zu durchforsten**.

So wie ein zu langes Verweigern einer zukunftsweisenden Umgestaltung der Ausgabenpolitik des Staates letztlich einen gewaltigen Einschnitt notwendig gemacht hat, so scheint mir auch die zu keinen Kompromissen bereite Haltung der Gewerkschaften zu einem echten Problemstau zu führen. Die österreichische Industrie kann nicht ändern, dass sich global die **Anforderungen an die Flexibilität von Unternehmen** erhöht; dass letztlich nur dann gute Löhne und Gehälter

gezahlt werden können, wenn mit höchstem Einsatz dann gearbeitet wird, wenn Aufträge - und zwar zunehmend kurzfristig abzuarbeitende Aufträge - vorhanden sind. **Überzogene Lohnforderungen**, verbunden mit sofortigen Streikforderungen, und die Verweigerung zielführender Gespräche zur Flexibilisierung der Arbeitszeit führen die österreichische Industrie in eine Sackgasse.

Aus einer Sackgasse wieder herauszukommen ist mit einem schmerzhaften Prozess der Umkehr verbunden. Ich hoffe, dass die negativen Erfahrungen mit der Sackgasse der Finanzpolitik und der langjährigen Verweigerung der Realität bei der Pensionsvorsorge zu einer **faktenbasierten Befassung mit Fragen der Lohnpolitik und der Arbeitszeitflexibilisierung** beitragen werden. So wie eine rechtzeitige Nachjustierung von Staatsaufgaben und -ausgaben zu einer win-win-Situation in der Finanzpolitik geführt hätte, so besteht jetzt noch die Möglichkeit eine win-win-Situation bei einer Rückkehr zu echten sozialpartnerschaftlichen Prinzipien in Fragen der Kollektivvertragspolitik.

Einen abschließenden Punkt darf ich hier hervorheben, da unsere Zeit dazu neigt die langfristigen Themenstellungen unbehandelt zu lassen und statt dessen in kurzfristigen Aktionismus zu flüchten: Mit großem Ernst weist die Industrie regelmäßig auf die unbedingte Notwendigkeit einer ausreichenden Zahl an **Fachkräften** hin. Durch eine mit den Bedürfnissen der Industrie vielfach zu wenig kompatiblen Ausbildungswahl war schon in den letzten Jahren immer wieder ein Fachkräftemangel zu verzeichnen - und dieser wird sich aufgrund der **demografischen Entwicklung** zwangsläufig verschärfen. Selbst wenn es gelingt den bürokratischen Wildwuchs zu bändigen, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates durch eine kluge Beschneidung von Aufgaben und Ausgaben abzusichern, in bestem sozialpartnerschaftlichen Einvernehmen eine produktivitätsorientierte Lohn- und eine flexible Arbeitszeitgestaltung umzusetzen: Ohne ausreichende Fachkräfte wird Österreichs Industrie ihrer wichtigsten Ressource beraubt. Das Thema „Fachkräfte“ war im abgelaufenen Jahr immer wieder im Mittelpunkt, etwa auch in einer der Ausgaben von „industrie aktuell“. Ich sehe aber mit wachsender Besorgnis, dass zukunftsweisende Schritte im Bildungsbereich langsamer erfolgen als die demografische Situation sich zuspitzt. Wenn die vielfältigen Vorschläge und Ideen der Industrie nicht in absehbarer Zeit berücksichtigt werden, handelt sich Österreich einen auch langfristig kaum zu korrigierenden Wettbewerbsnachteil ein.

**KR Ing. Wolfgang Welser ist Vorstand der Welser Profile AG und Obmann der Bundessparte Industrie.**



Paul Rübzig

## Energiapolitische Herausforderungen für die Europäische Union

Das hohe Volumen an Energieimporten in die Europäischen Union, die Gaskrise in der Ukraine und das Atomunglück in Japan und die damit verbundenen Folgen haben zu einem **Umdenken** in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) und der europäischen Energiepolitik geführt. Der etappenweise Ausstieg aus der Nuklearkraft durch die Bundesrepublik Deutschland wird zu einem forcierten Ausbau Erneuerbarer Energieerzeugungsformen sowie zu einem Neubau bzw. zu einer längeren Nutzung thermischer Kraftwerke führen. Des Weiteren sind ein beschleunigter Netzausbau sowie die Stärkung von Kooperationen und Partnerschaften im Energiebereich in Europa essentiell. Ziel muss es sein leistbare Strompreise und Versorgungssicherheit zu garantieren, sowie die Klimaschutzziele und Kostengünstigkeit zu erreichen.

Laut einer Studie des World Energy Council<sup>1</sup> wird es bis zum Jahre 2050 zu einer **Verdoppelung der Energienachfrage** und gleichzeitig zu einer **Halbierung der CO<sub>2</sub> Emissionen** kommen. Aktuell gliedert sich der Energieverbrauch<sup>2</sup> in der Europäischen Union nach den folgenden Energieträgern: 35 % Öl, 25 % Gas und 9 % Erneuerbare Energieträger. Im Bereich der Erneuerbaren Energien stellt Österreich eine führende Rolle in der EU mit einem Gesamtanteil<sup>3</sup> am Verbrauch von 68 % dar, welcher für das Jahr 2010 eine Größenordnung von 45600 GWh darstellte.

Europa braucht einen **integrierten Energiemarkt** mit intelligenten Netzen, neuen Strukturen, gemeinsamen Marktregeln und gesteigerter Energieeffizienz. So ein europäischer Energiemarkt mit gesteigerter Effizienz und dadurch weniger Verbrauch würde auch die Abhängigkeit Europas von Energie- und Rohstoffimporten, vor allem aus Krisenländern, reduzieren und die **Versorgungssicherheit** erhöhen. Der boomende Markt der Erneuerbaren Energietechnologien bietet gerade für österreichische Firmen und damit für heimische Arbeitsplätze einen großen Exportmarkt.

### Europa muss energieeffizient werden

Die Senkung des Energieverbrauchs und die Vermeidung von Energieverschwendung sind wesentliche Ziele der Europäischen Union. Durch die **Förderung einer verbesserten Energieeffizienz** trägt die EU entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit, zur Erfüllung

der Verpflichtungen aus dem „Kyoto-Protokoll“ über Klimaänderungen sowie zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Wettbewerbsfähigkeit bei.

Es bestehen umfassende **Einsparungspotenziale**, insbesondere in den Sektoren mit hohem Energieverbrauch wie etwa im Gebäudebereich, sowie im Verkehr. Ende 2006 hat sich die EU verpflichtet, bis zum Jahr 2020 20 % ihres jährlichen Verbrauchs an Primärenergie einzusparen. Um dieses Ziel zu erreichen mobilisiert sie die Bürger, die öffentlichen Entscheidungsträger sowie die Marktakteure und legt unter anderem Mindestnormen für die Energieeffizienz sowie Regeln zur Kennzeichnung von Produkten, Dienstleistungen und Infrastrukturen fest.

Zum Schutz des Klimas und um die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Drittstaaten zu reduzieren, müssen wir unseren Energieverbrauch optimieren. Energieeffizienz ist dabei der erste Weg zum Energiesparen.

Wir setzen uns für Gesetze ein die **Effizienz belohnen und Anreize setzen, statt Zwangsmaßnahmen zu forcieren**. Besonders im Bereich der thermischen Sanierung von Gebäuden liegen riesige ungenutzte Potenziale. Energieeffizienz reduziert nicht nur Energiekosten, sondern kurbelt auch Wirtschaft und Beschäftigung an. Bei der aktuellen neuen „Energieeffizienz-Richtlinie“<sup>4</sup> setzen wir uns für Effizienz-Ziele ein, die Auswahl der Maßnahmen muss jedoch ausschließlich den Mitgliedstaaten obliegen. Eine Kombination von verpflichtenden Zielen und verbindlichen Maßnahmen nimmt den europäischen Unternehmen sämtliche Handlungsspielräume für effiziente Maßnahmen.

Hinsichtlich der geplanten **Energieeffizienzverpflichtungssysteme** für Energieverteiler bzw. Energieeinzelhandelsunternehmen müssen die verschiedenen nationalen Besonderheiten in den Mitgliedsstaaten und die bereits erbrachten Einsparungsmechanismen Berücksichtigung finden. Es ist sicher zu stellen, dass dies als freiwilliges Instrument gestaltet wird, welches es den Mitgliedsstaaten ermöglicht Vorleistungen und kosteneffiziente Potenziale für Energieeffizienzsteigerungen zu berücksichtigen.

Ein Eingriff in den bestehenden EU Emissionshandel über die Energieeffizienz Richtlinie ist abzulehnen, da die Änderung von rechtskräftigen Rechtsakten aus dem Klima- und Umweltschutzbereich zu Rechtsunsicherheit, unklaren Kompetenzen und Reibungsverlusten auf Europäischer Ebene führt. Zur Förderung eines energieeffizienten Europas muss neben natur schonenden und umweltschützenden Aspekten auch auf **marktwirtschaftliche und flexible Lösungen** gesetzt werden, welche Eigeninitiative und Innovation fördern.

### Effiziente Rohstoffversorgung

Die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen, ihre Gefährdung sowie betriebs- und volkswirtschaftliche Gegenstrategien gehören zu den großen Herausforderungen der Gegenwart und nahen Zukunft.

China ist weltweit Nummer 1 bezüglich vieler Rohstoffvorkommen. Bei einigen strategisch wichtigen Rohstoffen wie zum Beispiel **Magnesia** verfügt China über den Großteil der weltweiten Reserven. Europa ist daher in hohem Maße von ausländischen Rohstoffquellen abhängig. Die Hälfte des in der EU notwendigen Rohstoffes Magnesia wird importiert. Dieses ist essentiell für die Erzeugung von feuerfesten Produkten, was große Einflüsse auf die europäische Großindustrie und somit auch auf nach gelagerte Industriezweige hat, welche 30 % des österreichischen BIP ausmachen.

Seit einigen Jahren verfolgt China eine protektionistische Handelspolitik im Bezug auf Rohstoffexporte, wobei zu den schwerwiegendsten Ausfuhrrestriktionen Exportlizenzen und Exportzölle gehören. EU-weit trägt die **Rohstoffindustrie**<sup>5</sup> (Abbau, Weiterverarbeitung, Produktion, Recycling) zu einer Wertschöpfung von 1.300 Milliarden Euro bei und sorgt für Beschäftigung von 30 Millionen Menschen. Der lokale Abbau von Rohstoffen erzeugt in der EU einen Produktionswert von 45 Milliarden Euro.

In Österreich stehen laut einer Berechnung<sup>6</sup> des Industriewissenschaftlichen Instituts 32 führende Leitbetriebe aus dem Bereich Rohstoffe gesamtwirtschaftlich für knapp 34 Mrd. Euro an Produktion, rund 13 Mrd. Euro an Wertschöpfung, sowie für mehr als 155.000 Arbeitsplätze (direkt + indirekt).

Die **Verfügbarkeit von Rohstoffen** zu international vergleichbaren Preisen ist eine der bedeutendsten Voraussetzungen für den Erhalt und das Wachstum der industriellen Basis in Österreich und der EU. Durch die beschriebenen Entwicklungen ist es zu einer deutlichen Steigerung der Preise bei Rohstoffen gekommen, sodass deren Anteil an den Gesamtkosten der Unternehmen bei rund 40 % liegt.

Um eine „**Rohstoffkrise nach der Krise**“ zu vermeiden, wurde auf einer Vorlage<sup>7</sup> der Europäischen Kommission basierend, in der zweiten Hälfte 2011 vom Europäischen Parlament eine **Rohstoffinitiative** beschlossen. Diese beruht auf den drei Säulen „Energieimporte aus dem EU Ausland sicher zu stellen“, den „Rohstoffabbau innerhalb der EU zu gewährleisten“, sowie „das Recycling von Rohstoffen und Energieeffizienz“ innerhalb der Mitgliedsstaaten der EU aus zu bauen. Insbesondere die konsequente Verwertung von Altstoffen stellt Rohstoffgewinnung auf höchstem Niveau dar, die Elektroschrotthalen von heute sind die Rohstoffminen von morgen. Im Bereich der dritten Säule besteht insbesondere großes Wirtschaftswachstumspotential für österreichische Firmen mit ihrem fachspezifischen „Know How“, sodass fest zu stellen ist, dass Rohstoffpolitik zu einem großen Teil auch Beschäftigungspolitik darstellt.

Als nächster Schritt ist es notwendig, dass die Mitgliedsstaaten, aber auch die Europäische Union, **Rohstoffpartnerschaften** mit Produktionsländern eingehen und versuchen über Instrumente des Kartellrechts und der Handelspolitik Monopolstrukturen zu verhindern. Europa soll alle seine Rohstoffvorkommen erheben und in die Raumplanung einbeziehen, sowie die Rückgewinnung wertvoller Stoffe deutlich intensivieren. Im Moment trägt z.B. der Rücklauf bei einem gebrauchten Handy nur ein Prozent bei.

Wir haben die Möglichkeit entweder vom Spielfeldrand zuzuschauen wie andere das Match machen, oder für faire Preise und einen ausgewogenen **Zugang zu Rohstoffen** zu kämpfen. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass Nachhaltigkeitskriterien und Umweltstandards eingehalten werden.

- 1 [www.worldenergy.org](http://www.worldenergy.org) - „Energy Policy Scenarios to 2050“/19.02.2012
- 2 European Commission 2010
- 3 Eurostat 2009
- 4 [http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed_en.htm)/20.02.12
- 5 [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/facts-figures/details/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/facts-figures/details/index_en.htm)/19.02.2012
- 6 Industriewissenschaftliches Institut (IWI) - „Die volkswirtschaftliche Bedeutung mineralischer Rohstoffe“
- 7 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0699:FIN:de:PDF/19.02.2012>

**KommRat Ing. Mag. Dr. Paul Rübiger ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Präsident von SME-Global.**





Christoph Kainz  
Johann Markl  
Andreas Mörk

## Arbeitgeberpolitik

Die Arbeitgeberabteilung der Bundessparte Industrie war auch 2011 maßgeblich bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Fachverbände eingebunden. Insbesondere die Verhandlungen in der Metallindustrie gestalteten sich in diesem Jahr äußerst schwierig. Bei Begutachtungsverfahren konnten Industriestandpunkte erfolgreich eingebracht, sowie grob verschlechternde Regelungen verhindert werden. Daneben unterstützte die Arbeitgeberabteilung wieder zahlreiche Industrieunternehmen durch Beratung und Auskunftstätigkeiten.

Erstmals seit 25 Jahren wurde im Herbst 2011 der sozialpartnerschaftliche Weg von den Gewerkschaften verlassen und Betriebe der Metallindustrie wurden im Zuge der **Kollektivvertragsverhandlungen** bestreikt. Nachdem während der Sommermonate und auch bei den ersten Kontakten im Herbst keinerlei Anzeichen auf einen „heißen Herbst“ hindeuteten, verschärfte sich das Verhandlungsklima ab der ersten offiziellen Verhandlungsrunde Anfang Oktober deutlich. Ein Hintergrundgespräch der Arbeitgeberverhandlungsleiter DI Christoph Hinteregger und DI Alfred Hintringer mit Medienvertretern und die darauffolgenden Zeitungsberichten wurden von den Gewerkschaften als Affront aufgefasst. Sie konterten mit einer - erstmals seit Jahrzehnten öffentlich erhobenen - Forderung nach einer Lohnerhöhung in der Höhe von 5,5 %. Für den Fall der Nichterfüllung der Forderung wurden Betriebsversammlungen, Streiks und weitere Kampfmaßnahmen angekündigt.

Nachdem auch in der zweiten Verhandlungsrunde kein Fortschritt bei den Verhandlungen erzielt werden konnte, begannen am 13. Oktober 2011 Betriebsversammlungen sowie Warnstreiks in einigen Betrieben der Metallindustrie. Diese wurden in den folgenden

Erstmals seit 25 Jahren wurde im Herbst 2011 der sozialpartnerschaftliche Weg von den Gewerkschaften verlassen und Betriebe der Metallindustrie wurden im Zuge der Kollektivvertragsverhandlungen bestreikt.

Tagen fortgesetzt. Nach unseren Erhebungen wurden in rund 200 Betrieben Betriebsversammlungen abgehalten, tatsächliche Streiks mit über zweistündiger Dauer fanden in rund zwanzig Betrieben statt. Die von den Gewerkschaften und einigen

Medien kolportierten weit höheren Zahlen konnten unsererseits nicht bestätigt werden.

Die Arbeitgeberabteilung stellte in dieser Situation zahlreiche Unterlagen für die rechtlich korrekte Vorgangsweise zur Verfügung und koordinierte den Informationsfluss sowie zahlreiche Besprechungen zwischen den Fachverbänden und auch der Kammerleitung.

Auf Initiative von WK Präsident Christoph Leitl und ÖGB Präsident Erich Foglar fanden am 16. Oktober 2011 vorzeitige Sondierungsgespräche mit den Gewerkschaften statt, die eigentlichen Verhandlungen wurden am 17. Oktober 2011 fortgesetzt und führten in den frühen Morgenstunden des 18. Oktober zu folgendem Ergebnis:

Erhöhung der IST und KV Löhne und Gehälter zwischen 4,4 % und 3,8 %.

Die IST Löhne und Gehälter werden zusätzlich um einen Mindestbetrag von 80 Euro angehoben.

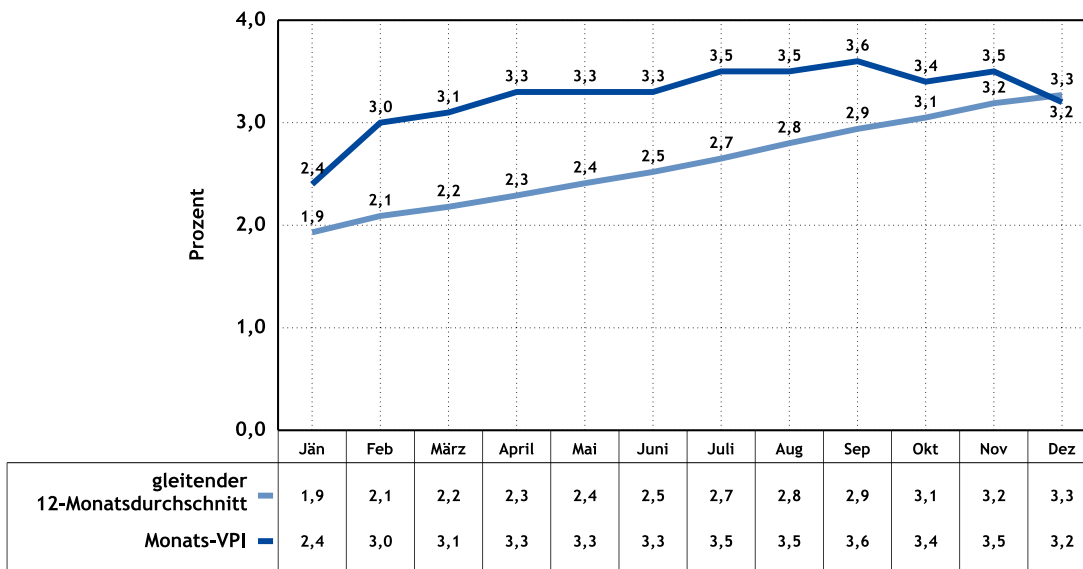
Im Rahmen einer Beschäftigungs- und Standortsicherungsklausel wurde vereinbart, dass Betriebe, deren EBIT in zwei der letzten drei Jahre Null oder Negativ war, bis zu 0,4 % innerbetrieblich umverteilen können.

Im Rahmenrecht wurde eine Verbesserung der Anrechnung von Karenzzeiten für die Vorrückung in der Beschäftigungsgruppe (Biennial- bzw. Triennalsprung) vereinbart: Statt bisher zehn Monate insgesamt, werden Karenzen ab dem 1. November 2011 mit insgesamt 16 Monaten pro Karenz angerechnet.

Abgewehrt wurden die Forderungen der Gewerkschaften nach einem arbeitsfreien 31. Dezember, einer Verbesserung der Vergütung für passive Reisezeit sowie insbesondere die Forderung, den Entgeltausfall aufgrund der Kampfmaßnahmen durch die Arbeitgeber zu ersetzen.

Die Reaktionen auf diesen Abschluss waren arbeitgeberseits durchwegs kritisch. Abgesehen vom hohen Lohn- und Gehaltsabschluss (im Durchschnitt 1,4 % über der Inflation der letzten zwölf Monate) wurde vor allem die Vorgangsweise der Gewerkschaft heftig kritisiert: Obwohl in der zweiten Verhandlungsrunde

Entwicklung des Verbraucherpreisindex (VPI) im Jahr 2011



ein deutlich über der Inflationsrate gelegenes Angebot unterbreitet wurden, brachen die Gewerkschaften die Verhandlungen noch am Nachmittag ab und verkündeten für den nächsten Tag den Beginn von Warnstreiks. Auf Arbeitgeberseite entstand dadurch der Eindruck, dass die Kampfmaßnahmen unabhängig vom Verhandlungsverlauf ergriffen worden wären und schon langfristig geplant waren.

Die Verhandlungen der Frühjahrslohn- und -gehaltsrunde verliefen dagegen - von einer Ausnahme abgesehen - in ruhigerer Atmosphäre. Nur in der chemischen Industrie wurde die zweite Verhandlungsrunde von einer Demonstration vor dem Gebäude der WKÖ begleitet.

Geprägt waren die Verhandlungen des abgelaufenen Jahres im wesentlichen durch die im europäischen Vergleich sehr hohe heimische Inflationsrate, die im Jahresdurchschnitt 3,3 % erreichte.

Im Vergleich dazu betrug im Jahr 2011 in Deutschland die durchschnittliche Inflationsrate 2,3 %.

Im Folgenden ein Überblick über die Kollektivvertragsabschlüsse der größten Industriebranchen:

**Textilindustrie:** Arbeiter und Angestellte IST: 2,1 - 2,55 %; KV: 2,75 %

**Holzindustrie:** Arbeiter und Angestellte IST: 2,7 %; KV: 2,9 %

**Bauindustrie:** Arbeiter KV: 2,95 %. Angestellte KV: 2,5 %

**Stein/Keramikindustrie:** Arbeiter IST: 2,68 %; KV: 2,83 %. Angestellte IST: Ø 3,22 %; KV: Ø 3,28 %

**Chemische Industrie:** Arbeiter und Angestellte IST: 3,05 % (mind. 56 Euro); KV: 3,15 %

**Papierindustrie:** Arbeiter und Angestellte IST: 2,7 % (mind. 56 Euro); KV: 3,1 %

**Elektro- und Elektronikindustrie:** Arbeiter und Angestellte IST: 2,8 %; KV: 2,8 - 3,2 %

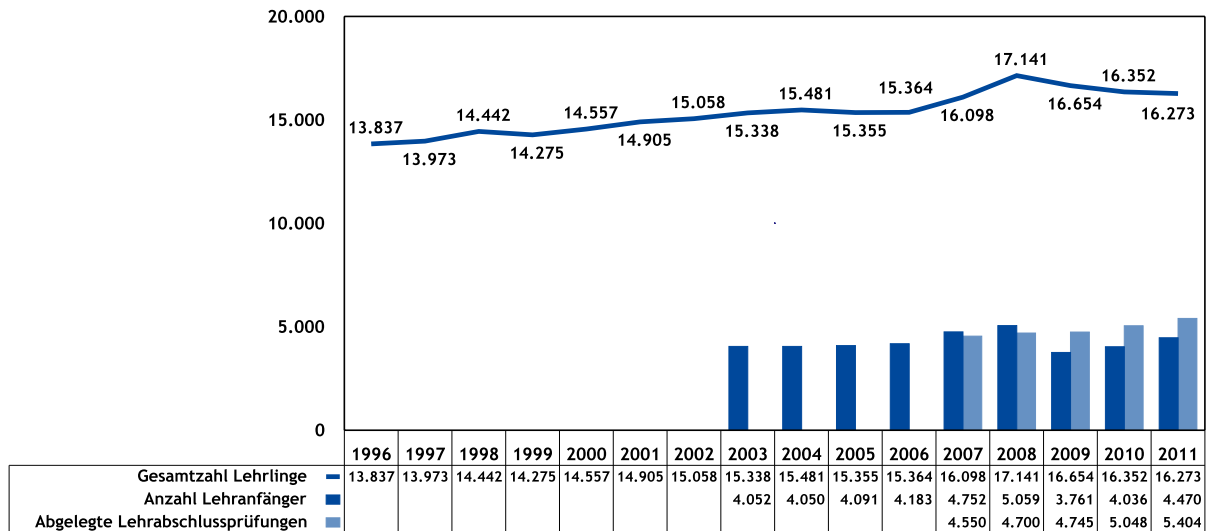
**Nahrungs- und Genußmittelindustrie:** Angestellte IST: 3,5 %; KV 3,5 %

**Montageprivileg**

Nach Aufhebung des Montageprivilegs durch den VfGH im Jahr 2010 war die Bundessparte Industrie maßgeblich in die Neugestaltung der Regelung eingebunden. Die ursprünglich vom Finanzministerium geplante deutliche Verschärfung der Bestimmungen, die einer völligen Abschaffung praktisch gleichgekommen wären, konnten verhindert werden.

Die **neue Regelung** stellt sich in den Eckpunkten wie folgt dar: Einkünfte, die Arbeitnehmer für eine begünstigte Auslandstätigkeit von ihren Arbeitgebern beziehen, sind ab 2012 im Ausmaß von 60 % der laufenden Bezüge - gedeckelt mit der Höchstbeitragsgrundlage (HBGL) zur Sozialversicherung - steuerfrei, wenn die Auslandstätigkeit jeweils ununterbrochen über den Zeitraum von einem Monat hinausgeht. Die Steuerbefreiung geht verloren, wenn der Arbeitgeber

Entwicklung der Zahl der Industrielehrlinge 1996 bis 2011



die Kosten für mehr als eine Familienheimfahrt im Kalendermonat übernimmt oder die Steuerfreiheit für Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen sowie für Zuschläge für Überstunden, Sonn- und Feiertage in Anspruch nimmt. Das befreite Einkommen wird nicht bei der Steuersatzermittlung des steuerpflichtigen Einkommens mitgerechnet (kein Progressionsvorbehalt).

**Voraussetzungen für die Begünstigung** ist, dass (1) die Entsendung von einer Betriebsstätte, erfolgt, die sich in der EU, dem EWR oder der Schweiz befindet; (2) der Einsatzort mehr als 400 Kilometer Luftlinie vom nächstgelegenen Punkt des österreichischen Staatsgebietes entfernt liegt; (3) die Entsendung nicht an den Sitz der Geschäftsleitung oder an eine Einrichtung (z.B. Zweigniederlassung, Fabrikationsstätte) des Arbeitgebers bzw. des Beschäftigten erfolgt; (4) die Tätigkeit im Ausland ihrer Natur nach nicht auf Dauer angelegt ist; (5) die im Ausland zu leistenden Arbeiten im Lohnzahlungszeitraum überwiegend unter erschwerenden Umständen zu leisten sind; und (6) die Entsendung ununterbrochen für einen Zeitraum von mindestens einem Monat erfolgt.

**Erschwerende Umstände** sind gegeben, wenn die Arbeiten die Auszahlung von steuerfreien Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen rechtfertigen würden. Weiters dann, wenn die Arbeit in einem Land erfolgt, in dem die Aufenthaltsbedingungen im Vergleich zum Inland eine außerordentliche Erschwernis darstellen. Dies trifft auf Staaten zu, die in der Spalte eins bis drei der Liste der Entwicklungsländer („DAC-Lists of ODA Recipients“) aufgezählt sind. Weiters sind erschwerende Umstände anzunehmen, wenn die

Tätigkeit in einer Region erfolgt, für die nachweislich zum Beginn der Tätigkeit oder während eines gesamten Kalendermonats eine erhöhte Sicherheitsgefährdung, z.B. durch Kriegs- oder Terrorgefahr vorliegt. Davon darf ausgegangen werden, wenn das Außenministerium eine Reisewarnung ausgesprochen hat.

Nach Aufhebung des Montageprivilegs durch den VfGH im Jahr 2010 war die Bundessparte Industrie maßgeblich in die Neugestaltung der Regelung eingebunden.

**Bildung**

2011 wurde von der Bundesregierung zum „Jahr der Bildung“ erklärt, nicht zuletzt deshalb standen das ganze Jahr über Bildungspolitische Themen im Zentrum der öffentlichen Diskussion.

Neuerungen wurden im Bereich der vorschulischen Bildung, bei der Einführung der „Neuen Mittelschule“ sowie bei Bildungsstandards im Pflichtschulbereich umgesetzt. Zentrale Themen der politischen Auseinandersetzung waren einmal mehr die Ausbildung von Pädagogen und Zugangsregelungen zu Universitätsstudien.

Die Wirtschaftskammer-Organisation erarbeitete ein eigenständiges Modell „Bildung NEU“ mit der Zielsetzung gleicher Chancen von dualer und schulischer Berufsausbildung im Zeichen der demografischen Entwicklung. Industrieunternehmen benötigen Fachkräfte aus schulischer und dualer Ausbildung gleichermaßen. Aus Sicht der Industrie sind besonders die technisch-

Die Wirtschaftskammer-Organisation erarbeitete ein eigenständiges Modell „Bildung NEU“ mit der Zielsetzung gleicher Chancen von dualer und schulischer Berufsausbildung im Zeichen der demografischen Entwicklung.

handwerklichen und technisch-naturwissenschaftlichen Bildungsangebote zu forcieren. Einmal mehr steht das System der Berufsbildenden Höheren Schulen, mit seinen arbeitsmarktnahen Qualifikationen im Zentrum der Aufmerksamkeit.

fortpflanzungsgefährdende (reproduktionstoxische) Arbeitsstoffe“ geändert wurde.

Weitere Schwerpunkte sind der Wegfall der Kategorie Jahresmittelwert (Übergangsfrist bis 31. Dezember 2013) und Änderungen betreffend Holzstaub.

#### Inserate mit Euro-Entgeltangabe

Eine Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz brachte nach einer allseitigen politischen Einigung im Jahr 2010 ein völlig neues Element in die Anwerbung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Seit dem 1. März 2011 sind Unternehmen verpflichtet, sobald sie in irgendeiner Form auf

Eine Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz brachte ein völlig neues Element in die Anwerbung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, nämlich die verpflichtende Angabe des kollektivvertraglichen Mindestentgelts des ausgeschriebenen Postens.

Die Modernisierung der **Lehrlingsausbildung** wurde mit dem Lehrberufspaket 2011 des BMWFJ fortgeführt. Herauszuheben sind dabei die Modul-Lehrberufe Metalltechnik und Elektronik. Metalltechnik rangiert bei Burschen erstmals als beliebtester Lehrberuf und erfreulicherweise auch noch unter den Top-Ten-Lehrberufen bei Mädchen.

#### Industrielehre: 10 % mehr Lehranfänger

Die größte Herausforderung für die Unternehmen ist die Sicherstellung des **Fachkräftenachwuchses**. Deshalb haben die Ausbildungsunternehmen der Industrie die Zahl der Lehnanfänger gegenüber dem Vorjahr um 10,8 % gesteigert.

Die **Gesamtzahl der Lehrlinge** (laut offizieller Lehrlingsstatistik der WKÖ zum Zeitpunkt 31. Dezember 2011) beträgt über alle Sparten 128.078, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 1,3 %. Zurückgegangen ist auch die Gesamtzahl der Lehnanfänger um etwa 0,7 %. Ausnahme von dieser Entwicklung sind allen voran die Sparte Industrie mit einem Zuwachs von 10,8 %, gefolgt von Handel (+ 3,6 %) und dem Gewerbe (+ 1,1 %). Den größten Rückgang bei den Lehnanfängern verzeichneten die Überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen (ÜBA) mit fast 18 %.

#### Arbeitssicherheit/ArbeitnehmerInnenschutz

Ende Dezember 2011 wurde die Änderung der Grenzwerte-Verordnung (GKV 2011) im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (BGBl. II Nr. 429 vom 19. Dezember 2011).

Kern der Novelle ist die Umsetzung der 3. Arbeitsplatz-Richtgrenzwerte-RL der EU, weshalb die Bezeichnung auch in „Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über Grenzwerte für Arbeitsstoffe sowie über krebserzeugende und über

Mitarbersuche gehen, bei Inseraten in klassischen und modernen Medien oder auch nur auf herkömmlichen „schwarzen Brettern“ und sonstigen Aushängen im Anforderungs- und Anbotsprofil auch das kollektivvertragliche Mindestentgelt des Postens zu nennen. Die Monate von März 2011 bis Ende Dezember 2011 waren für dieses rechtliche Neuland eine Trainingsperiode, denn die zugehörigen Sanktionen in Form von Verwaltungsstrafen traten erst mit Beginn des Jahres 2012 in Kraft.

Schon zu Beginn der Regelung hat die WKÖ unter Mitautorschaft der BSI einen Ratgeber in Form von 39 FAQ allen Mitgliedern anbieten können, um bei der neuen Inseratengestaltung mit der Euro-Entgeltangabe erfolgreich sein zu können. Diese Broschüre ist aufgrund von Firmen-Anfragen - also einem richtigen bottom up-Prozess - sehr praxisnahe entstanden. Vor der allgemeinen Publikation gab es noch rechtssichernde Kontakte mit dem BMASK. Auch Diskussionsveranstaltungen in Bundesländern haben für diese neue Art von Firmenauftritt in der Öffentlichkeit einen guten Weg geebnet. Es bleibt individuelle Unternehmensentscheidung, sich in dem gesetzlichen Mindestausmaß im Inseratenbereich zu bewegen oder die Frage des Entgeltes in die allgemeine PR-Strategie hineinzupassen.

**Dr. Christoph Kainz, Ing. Johann Markl und Mag. Andreas Mörk sind Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.**



Hagen Pleile

## Recht und Infrastruktur

2011 hat das Referat für Recht und Infrastruktur inhaltlich vor allem Rechtsbereiche wie EU-Patent, Novelle zum Vereinsgesetz, Bundesvergabe-Schwellenwerte-VO, „Lobbyinggesetz“ und die im Berichtsjahr themenmäßigen Schwerpunkte der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik betreut, begutachtet und über Pressemedien und Direktkontakten mit den jeweiligen Ressorts lobbyiert.

### EU-Patent

In der Tagung des EU-Ministerrates Wettbewerbsfähigkeit Anfang Dezember 2011 in Brüssel konnten die Delegierten der Mitgliedstaaten die Einigung mit dem Europäischen Parlament auf die beiden Patent-Verordnungen, **Patentschutz-Verordnung und Sprachen-Verordnung**, bestätigen.

In seiner letzten Sitzung vor Weihnachten hatte der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments dem Europäischen Patent mit einheitlicher Wirkung zugestimmt. Hinsichtlich der VO zur Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes verfügt das Europäische Parlament über eine volle Mitentscheidungsbefugnis, für die VO zur Regelung der Übersetzung besteht ein Anhörungsrecht.

Die dritte Säule der Patentreform, die **Patentgerichtsbarkeit**, soll als flankierende Maßnahme realisiert werden und wird unabhängig von den genannten VO-Vorschlägen behandelt. Insgesamt werden die VOen zur Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes sowie das Abkommen über ein einheitliches Patentgericht allerdings als Paket erachtet. Die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit nach dem Lisabonner Vertrag über die Arbeitsweise der EU soll daher erst nach dem gleichzeitigen Inkrafttreten aller drei Teile formell realisiert werden.

Im Zusammenhang mit dem Übereinkommen zur Patentgerichtsbarkeit

konnte noch keine Einigung auf ein Kompromisspapier betreffend Kernelemente wie Sitz- und Finanzierungsfragen erzielt werden. Der Sitz der Zentralkammer sollte nach den Vorstellungen der polnischen Ratspräsidentschaft Frankreich (Paris) zugesprochen werden. Das hatte insbesondere die Ablehnung der beiden weiteren Bewerberstaaten Deutschland und Großbritannien zur Folge. Ungarn hingegen wurde gemäß dem Kompromissvorschlag das Trainingszentrum für Richter zugesprochen und hat dem Vorschlag zugestimmt. Auch Dänemark, das nunmehr für das erste Halbjahr 2012 den Ratsvorsitz führt, hat diesem Vorschlag zugestimmt, ebenso Luxemburg, das den Sitz der Berufungskammer zugesprochen bekam.

Österreich betonte beim Rat Wettbewerbsfähigkeit die Gewährleistung der Eigenfinanzierbarkeit des Gerichts. Nach einer nunmehr vorgelegten Studie der EU-Kommission erscheine diese Grundvoraussetzung derzeit nicht erfüllt. Die Studie gehe von einem jährlich steigenden Finanzierungsbedarf aus und zeige gleichzeitig, dass die Einkommen aus Gebühren - vor allem bei einem angenommenen niedrigen bis mittleren Gebührenniveau zur Förderung der Innovationstätigkeit von KMU - nicht annähernd dieselbe Höhe wie die Kosten erreichen können. Die Festsetzung eines Enddatums für die Anschubfinanzierung durch die Mitgliedstaaten sei zu überlegen.

Die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Patentsystems stellt weiterhin eine Priorität des Rates der EU dar, nunmehr im ersten Halbjahr 2012 unter dänischem Vorsitz.

Unter der Voraussetzung einer stabilen Regierungsarbeit werden neben dem Lobbyinggesetz, der Novelle des Bundesvergabegesetzes, der (Nicht-) Verlängerung der Schwellenwertverordnung für 2013, auch die Umsetzung der neuen Wegekostenrichtlinie und weitere StVO- und KfG-Novellen zu erwarten sein.

Die Schuldenbremse wird der Industrie einige Mehrbelastungen bringen, wie etwa Gebührenerhöhungen und höhere Verkehrsabgaben. Auszuschließen ist – nach der zu erwartenden Wegekostenrichtlinienumsetzung – eine weitere Erhöhung der Lkw-Maut am höherrangigen Straßennetz, denn Mehreinnahmen kommen der ASFINAG zu Gute, die aber ausgeglichen budgetieren muss. Der Schuldenabbau der ASFINAG wird aber mittelfristig ein Thema werden.

Aus österreichischer Sicht wären erhebliche Kostenfaktoren, wie z.B. der aufwändig ausgestaltete Verwaltungsüberbau (Komitee-System) zu hinterfragen. Die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Patentsystems stellt jedenfalls weiterhin eine Priorität des Rates der EU dar, nunmehr im ersten Halbjahr 2012 unter dänischem Vorsitz.

## Novelle Vereinsgesetz

Eine Novelle zum Vereinsgesetz ist mit 1. Jänner 2012 in Kraft getreten; sie begrenzt das Haftungsrisiko für unentgeltlich tätige Mitglieder eines Vereinsorgans.

Nach Ansicht des Gesetzgebers soll das **Haftungsrisiko** für unentgeltlich tätige Mitglieder eines Vereinsorgans ausdrücklich auf ein für diese zumutbares Maß begrenzt werden: Die Haftung von unentgeltlich handelnden Organwaltern und Rechnungsprüfern gegenüber dem Verein soll auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz eingeschränkt werden. Überdies soll unentgeltlich handelnden Organwaltern und Rechnungsprüfern bei Inanspruchnahme durch Dritte ein Rückersatzanspruch gegenüber dem Verein zustehen, wenn sie nur leichtes Verschulden trifft.

Vereine nehmen zunehmend am Wirtschaftsleben teil (so sind auch 3.111 Vereine Mitglieder der Wirtschaftskammer). Sie dürfen nicht auf Gewinn berechnet sein, was allerdings nach der Judikatur des VfGH bedeutet, dass Vereine grundsätzlich auch **gewinnorientierte Tätigkeiten** verrichten dürfen. Nicht wesentlich soll es sein, ob die gewinnorientierte Vereinstätigkeit bloß Neben- oder schon Haupttätigkeit des Vereins ist. Sohin dürfen Vereine auch dann Unternehmen betreiben, wenn dies mit Gewinnabsicht geschieht. Auf die Größe des Unternehmens kommt es nicht an. „Entscheidend ist angesichts der VfGH-Rechtsprechung im Wesentlichen nur die Art der Gewinnverwendung.“ Dieser Aspekt öffnet die Grenze zum **Rechtsformmissbrauch**. Es ist nur schwer zu argumentieren, dass ein Gläubiger eines Vereins schlechter gestellt werden soll, als einer eines üblichen Wirtschaftsunternehmens. Es ist nämlich genau die Gefahr dort gegeben, dass oftmals Funktionäre Entscheidungen außerhalb ihres Erfahrungsbereichs treffen und dadurch gewaltigen wirtschaftlichen Schaden herbeiführen. Diese Einwände wurden allerdings vom Gesetzgeber nicht berücksichtigt. Die Novelle ist mit 1. Jänner 2012 in Kraft getreten.

Vereine nehmen zunehmend am Wirtschaftsleben teil (so sind auch 3.111 Vereine Mitglieder der Wirtschaftskammer). Sie dürfen nicht auf Gewinn berechnet sein, was allerdings nach der Judikatur des VfGH bedeutet, dass Vereine grundsätzlich auch **gewinnorientierte Tätigkeiten** verrichten dürfen. Nicht wesentlich soll es sein, ob die gewinnorientierte Vereinstätigkeit bloß Neben- oder schon Haupttätigkeit des Vereins ist. Sohin dürfen Vereine auch dann Unternehmen betreiben, wenn dies mit Gewinnabsicht geschieht. Auf die Größe des Unternehmens kommt es nicht an. „Entscheidend ist angesichts der VfGH-Rechtsprechung im Wesentlichen nur die Art der Gewinnverwendung.“ Dieser Aspekt öffnet die Grenze zum **Rechtsformmissbrauch**. Es ist nur schwer zu argumentieren, dass ein Gläubiger eines Vereins schlechter gestellt werden soll, als einer eines üblichen Wirtschaftsunternehmens. Es ist nämlich genau die Gefahr dort gegeben, dass oftmals Funktionäre Entscheidungen außerhalb ihres Erfahrungsbereichs treffen und dadurch gewaltigen wirtschaftlichen Schaden herbeiführen. Diese Einwände wurden allerdings vom Gesetzgeber nicht berücksichtigt. Die Novelle ist mit 1. Jänner 2012 in Kraft getreten.

## Öffentliche Auftragsvergabe

Da die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Anlass zur Erlassung der Schwellenwertverordnung war, noch nicht vorbei ist, hat der Bundeskanzler die **Schwellenwertverordnung** bis 31. Dezember 2012, d.h. auf ein weiteres Jahr befristet, verlängert. Die Möglichkeiten der Direktvergabe für Bau-, Liefer- und Dienstleistungen bleiben somit auch 2012 bis zu einem Schwellenwert von 100.000 Euro. Auch die Möglichkeit für den Baubereich, nicht offene Verfahren ohne Bekanntmachung bis zu einem Projektwert von 1.000.000 Euro durchzuführen, bleibt unverändert bestehen.

Am 14. Dezember 2011 wurden mit Kundmachung des Bundeskanzlers (BGBl. II Nr. 415/2011) die **neuen Schwellenwerte für EU-weite Ausschreibungen** bekannt gegeben. Damit sind Bauaufträge ab fünf Millionen Euro sowie Liefer- und Dienstleistungsaufträge grundsätzlich ab 200.000 Euro (für zentrale Dienststellen ab 130.000 Euro) EU-weit auszuschreiben. Für den Sektorenbereich sind Liefer- und Dienstleistungen ab 400.000 Euro EU-weit auszuschreiben.

## Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetz - LobbyG

Das in Diskussion befindliche LobbyG, welches am 11. Oktober 2011 den Ministerrat passiert hat, wird für Unternehmen, die Lobbying betreiben, einige Pflichten enthalten, die hier näher ausgeführt werden.

Übt das Unternehmen **Einfluss auf Entscheidungsprozesse in der Gesetzgebung und Vollziehung** aus, wird schriftlich oder mündlich mit Bundes- oder Landesregierungsmitgliedern, mit Abgeordneten auf Bundes- oder Landesebene, Bürgermeistern, Stadt- und Gemeineräten, Beamten der Verwaltung Kontakt aufgenommen, ist dieses Unternehmen von diesem Gesetz betroffen.

In das **Lobbying- und Interessenvertretungsregister (Abteilung B)** müssen die sogenannten **Unternehmenslobbyisten** eingetragen werden. Dies sind Organe oder Dienstnehmer eines Unternehmens, zu deren überwiegenden Aufgabenbereich Lobbying-Tätigkeiten für dieses Unternehmen oder für ein mit dem Konzern verbundenes Unternehmen gehören.

Folgende Daten dieser Unternehmenslobbyisten sind elektronisch und kostenpflichtig (200 Euro pro Person) der Bundesministerin für Justiz grundsätzlich ab 1. März 2012 zur Verfügung zu stellen:

- Firmenname, gegebenenfalls Firmenbuchnummer, Sitz und die, für die Zustellung maßgebliche Geschäftsanschrift sowie den Beginn des Geschäftsjahres;
- kurze Beschreibung der beruflichen und geschäftlichen Aktivitäten;
- Hinweis auf den im Internet zu veröffentlichenden (ist dies nicht möglich ist dieser auf Verlangen schriftlich auszufolgen) selbst erstellten Verhaltenskodex;
- gegebenenfalls die Internet-Adresse der Unternehmens-Website;
- Name und Geburtsdatum des Unternehmenslobbyisten;
- innerhalb von neun Monaten nach Ende des Geschäftsjahres für das vorangegangene Geschäftsjahr eine Mitteilung, ob der für das abgelaufene Wirtschaftsjahr getätigte Aufwand für Lobbying-Tätigkeiten den Betrag von 100.000 Euro übersteigt.

Die **Verhaltensprinzipien** des Unternehmenslobbyisten sind im Gesetz wie folgt beschrieben:

- bei jedem erstmaligen Kontakt sind die Identität und die spezifischen Anliegen seines Dienstgebers darzulegen;
- Unterlassung von Beschaffung von Information auf unlautere Art und Weise;
- wahrheitsgemäße Informationsweitergabe;
- der Unternehmenslobbyist hat sich über die für den Funktionsträger kundgemachten Tätigkeitseinschränkungen und Unvereinbarkeitsregeln zu informieren und diese Einschränkungen zu beachten;
- der Unternehmenslobbyist hat sich jedes unlauteren oder unangemessenen Drucks auf Funktionsträger zu enthalten.

Gesetzwidriges Verhalten kann bis zu 60.000 Euro bestraft werden und zu einer Streichung aus dem Register führen.

Wird ein Lobbying-Auftrag an ein nicht eingetragenes Lobbyingunternehmen entgeltlich übertragen, ist dieser Auftrag nichtig. Ebenso nichtig ist der Auftrag, wenn der Lobbying-Auftrag des Lobbyingunternehmens nicht eingetragen worden ist. Wurde der Betrag in diesen Fällen wesentlich an das Lobbyingunternehmen bezahlt, verfällt dieser Geldbetrag an den Bund.

Da das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, können sich bis zur Veröffentlichung des Gesetzes noch Änderungen ergeben:

Der Justizausschuss vom 22. November 2011 hat dessen Behandlung vertagt und will am 11. Jänner 2012 ein Hearing abhalten. Entsprechend verzögert sich auch der parlamentarische Fahrplan, so dass es durchaus erst im März 2012 zur Beschlussfassung des Nationalrates kommen könnte.

## ARGE Palettenpool

Die Mitgliederbetreuung erfolgte, wie in den Jahren davon, individuell. Aber auch Anfragen von Nichtmitgliedern, wie etwa Spediteuren und Frächtern, wurden im Jahr 2011 direkt von der Geschäftsstelle beantwortet.

Die Palettencharta wurde Anfang 2011 betreffend der Produzenten- und Reparateureliste aktualisiert. Diese Liste ist weiterhin eine wichtige Grundlage für Käufer von EUR-Tauschpaletten. Durch diese Liste soll der „Schwarzmarkt“ eingedämmt werden, da die in der Liste geführten Hersteller garantiert normgerechte EUR-Tauschpaletten erzeugen.

Seit Herbst 2011 sind intensive Arbeiten zum Thema „Palettschulung für Mitarbeiter, die täglich Tauschpaletten hantieren“ gestartet. Für 2012 sind die ersten Schulungen geplant.

## Vereinigung der österreichischen Verlager und Werkverkehrtreibenden / Austrian Shipper's Council (VÖVW-ASC)

Die Mitgliederbetreuung erfolgte in zwei Vollversammlungen, jeweils mit Fachberichten, welche von den Mitgliedern eingefordert wurden, und direkter Betreuung von individuellen Fragestellungen.

In der Öffentlichkeitsarbeit hat die Bundessparte Industrie die Veranstaltungsreihe „Infrastrukturzyklus“ der VÖVW, gemeinsam mit der Österreichischen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) und der Bundesvereinigung Logistik Österreich (BVL), wie in den Jahren zuvor, durchgeführt.

■ 26. Jänner 2011: **„Exportmotor Ennshafen“**  
Mag. Christian Steindl, Geschäftsführer EHG Ennshafen GmbH

■ 2. März 2011: **„Hafen Hamburg: Österreichs Tor zur Welt“**  
Alexander Till, Leiter der Hafenrepräsentanz Hamburg in Wien

■ 6. April 2011: **„Baltisch-Adriatische-Achse: Teil des TEN-Kernnetzes“**  
Dipl.-Ing. Franz Lückler, Steiermärkische Landesregierung - Head of Strategic Infrastructure

■ 18. Mai 2011: **„Die automatische Mittelpufferkuppelung“**  
Prof. Dr. Bernhard Sünderhauf, Gesellschafter der ALTA-PLAN LEASING GmbH

■ 15. Juni 2011: **„Slowenische Eisenbahnen: Integrator der Bahnlogistik am Balkan“**  
Mag. Igor Hribar, Generalsekretär Slowenische Eisenbahnen

■ 9. Oktober 2011: **„Der Hafen Antwerpen rüstet sich für die Zukunft“**  
Danny Deckers, Senior Marketing Advisor Hafenbetrieb Antwerpen

■ 30. November 2011: **„Terminal Wien Inzersdorf: Von der Planung bis zur Genehmigung“**  
Baurat h.c. Dipl.-Ing. Helmut Werner, werner consult ziviltechnikergmbh

Für das Jahr 2012 werden unter anderem Veranstaltungen zu den Themen „Hafen Krems“, Lobautunnel, Donausanierung südlich von Wien und zu den Entwicklungen hinsichtlich der Strominfrastruktur geplant.

**Mag. Hagen Pleile ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.**



Andrea Bärenthaler  
Richard Guhsl  
Christian Kaiser

## Umwelt- und Energiepolitik

### EU Emissionshandel und Emissionszertifikatgesetz (EZG)

Bereits im Frühjahr 2011 begann die Umsetzung des **Benchmark-Feststellungsprozesses** aller Emissionshandelsunternehmen, sodass eine Meldung Österreichs an die Kommission zur frühzeitigen Bescheidausstellung der Zuteilungshöhe der Zertifikatmengen ermöglicht wurde.

Die Bundessparte Industrie nahm hier einen zentralen Punkt als Koordinator ein und konnte den Start des Prozesses mittels eines Ganztagesworkshops im März setzen und schon hier viele Fragen und Probleme zwischen ausführender Behörden und Unternehmen klären, sodass seitens der Wirtschaft keine Verzögerung im Prozess entstand. Dieser Prozessstart konnte sogar vor der nationalen gesetzlichen Grundlage, dem Emissionszertifikatgesetz (EZG), gemeinsam mit dem BMLFUW gestartet werden und den Unternehmen so ein Informationsvorsprung und ein längerer Zeitlauf für Rückmeldungen geschaffen werden.

Die weitere **Begleitung der BSI** im laufenden Jahr zu vielen Spezialfragen in Zusammenhang mit Zuteilungen wurde ebenfalls von vielen Unternehmen genützt und es konnte ein gemeinsamer Weg mit den ausführenden Abteilungen des BMLFUW gefunden werden.

Das Emissionszertifikatgesetz EZG wurde als nationale gesetzliche Grundlage für den Emissionshandel der dritten Periode im Spätsommer und die Zuteilungsverordnung am Ende des Jahres 2011 erlassen und die BSI konnte durch die starke Einbindung in die Verhandlungen um diese Rechtsmaterien eine EU-konforme Umsetzung ohne Golden Plating erreichen.

Der derzeitige Stand der Meldung Österreichs an die Europäische Kommission wurde bis ins Frühjahr dennoch nicht abgeschlossen; Österreich ist nicht das einzige Land, das noch keine Meldung abgegeben hat - die Industrie hat an dieser Verspätung keinen Anteil. Dennoch konnte den Unternehmen nach Absprache zwischen BSI und BMLFUW seitens des Umweltbundesamts eine **Vorinformation über die**

**errechnete Zuteilungsmenge** für die kommende Periode noch im Jahr 2011 zur Verfügung gestellt werden. Die BSI wird im Fall der Zertifikatezuteilung weiter auf eine schnelle Umsetzung in Österreich drängen, sodass rechtsverbindliche Bescheide so bald wie möglich an alle Emissionshandelsunternehmen ergehen können.

Das **EZG wurde als nationale gesetzliche Grundlage für den Emissionshandel** der dritten Periode im Spätsommer und die ZuteilungsVO am Ende des Jahres 2011 erlassen und die BSI konnte durch die starke Einbindung in die Verhandlungen um diese Rechtsmaterien eine EU-konforme Umsetzung ohne Golden Plating erreichen. Als negativer Punkt ist hier anzuführen, dass die Zweckwidmung der Emissionshandelseinnahmen für CO<sub>2</sub> und Energieeffizienz in der Industrie am Veto des Finanzministeriums - trotz Zustimmung aller anderen eingebundenen Ministerien und Sozialpartnern - scheiterte.

Die im Jahr 2011 gestartete Diskussion um die Energieeffizienz RL hat auch im Emissionshandel Auswirkungen. Eine im EU-Umweltausschuss ENVI beschlossene Regelung um ein weiteres Set Aside von Zertifikaten, also eine Reduktion der Gesamtzertifikatmenge aufgrund der geringen Nachfrage nach Zertifikaten (die durch die Wirtschaftskrise bedingt wurde), ist in diesem Rechtsakt noch hart umstritten und eine Umsetzung würde die Rechtssicherheit des EU-ETS enorm gefährden.

### Klimaschutzgesetz

Das Klimaschutzgesetz wurde im Herbst 2011 beschlossen. Die BSI hat hier bereits vorausblickend in der Energiestrategie festschreiben lassen, dass die Industrie durch den ETS vollständig abgedeckt ist und weitere Maßnahmen nicht vorzunehmen sind. Eine gemeinsame Beschlussfassung in verhältnismäßig schlechterer Form vor dem Sommer 2011 gemeinsam mit dem Ökostromgesetz in paktierter Form konnte durch beherztes Eingreifen und Aufzeigen von Mängeln des Gesetzes durch die BSI und ihren Funktionären verhindert werden. Dadurch konnten noch Verbesserungen, wie eine stärkere Wirtschaftsvertretung in dem neu gebildeten Klimaschutzkomitee und



Das Klimaschutzgesetz wurde im Herbst 2011 beschlossen. Die BSI hat hier bereits vorausblickend in der Energiestrategie fest-schreiben lassen, dass die Industrie durch den ETS vollständig abgedeckt ist und weitere Maßnahmen nicht vorzunehmen sind.

Beirat, keine Sanktionsregelungen für Unternehmen und eine realistische Ausgangsbasis für Reduktionserfordernisse, umgesetzt werden.

Das Klimaschutzgesetz zielt mit **Reduktionsanforderungen**, die es noch je Sektor festzulegen gilt, auf alle Bereiche,

die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Die dazu zählenden Bereiche Energie und Industrie, Gebäude und Verkehr sowie die Abfallwirtschaft und der Bereich F-Gase sollen durch Maßnahmen aus dem im Jänner 2012 gestarteten und derzeit laufenden Verhandlungsprozess zur Erreichung der Klimaschutzgesetzziele heraus gestaltet werden. Dieser Prozess wird einen der Schwerpunkte der Arbeit der BSI im Jahr 2012 bilden.

### Gesamthafte Energiekoordination und Positionierung

Die BSI nutze die Sommermonate zu einer neuen **Koordinierung aller Fachverbände** in allen Punkten der Energiepolitik. Dieser intensive, mehrmonatige und interne Prozess sorgt mit dem Ergebnis eines umfassenden Positionspapiers in allen grundlegenden Fragen nun dafür, dass bei den laufenden und neuen Themen des Energiebereichs - wie der Smart Meter VO, dem Energieeffizienzgesetz, der thermischen Sanierung und vielen mehr - schneller und akkordierter in den Einzelrückmeldungen gearbeitet werden kann. Wesentlich dabei ist die **Ermöglichung einer schnelleren Rückmelderate**, die auf die Gegebenheit reagiert, dass der Energiebereich sich durch immer kürzere Fristen der Ministerien und der Politik auszeichnet.

### Energieeffizienzgesetz und Energieeffizienz RL

Das Thema Energieeffizienz wurde im Jahr 2011 und auch weiterhin gleichzeitig auf drei Ebenen gesetzlich behandelt: der Landesebene, der Bundesebene und der europäischen Ebene.

**Landesebene:** In Niederösterreich wurde bereits am 17. November 2011 im Landtag ein Landesenergieeffizienzgesetz beschlossen. Weitere Länder überlegen derzeit ebenfalls eine eigene Umsetzung im Landesrecht.

**Bundesebene:** Im Juli 2011 wurde ein Entschließungsantrag der Energiesprecher der ÖVP, Peter Haubner, und der SPÖ, Wolfgang Katzian, zur Energieeffizienz im Parlament beschlossen. Dieser ist an die Bundesregierung und den Wirtschaftsminister gerichtet und ersucht um die **Vorlage eines Entwurfs zu einem Energieeffizienzgesetz bis Ende Juni 2012**. Bei einer

Erstkoordinierung auf Ministerienebene konnte im Herbst über die Inhalte des geplanten Bundesgesetzes diskutiert und Inhalte erörtert werden.

Das Gesetz soll vor allem behandeln:

- ▣ Vorbildfunktion des Bundes beim Energiesparen
- ▣ Klare kompetenzrechtliche Zuordnungen (Bundesländer)
- ▣ Bundeseinheitliche Rahmenbedingungen für die Optimierung der betrieblichen Energieeffizienz
- ▣ Abwärmenutzung/Hocheffiziente Wirkungsgrade steigern
- ▣ Forcierung der Sanierung von Privat- und Geschäftsgebäuden
- ▣ Prüfung der Möglichkeit einer Verpflichtung von Energieversorgern zu Effizienzsteigerungsmaßnahmen
- ▣ Ausbau und Nutzung von KWK und Abwärmepotenzialen

Die BSI hat dazu bereits mehrere Gespräche mit dem Ministerium und auch eine Veranstaltung mit den beiden politisch Verantwortlichen Energiesprechern durchgeführt und die Positionen der Industrie in diesen entscheidenden Themen transportiert. Eine Umsetzung wird das Jahr 2012 betreffen und somit zu einem Haupttätigkeitsfeld der BSI-Arbeit 2012 werden.

**Europäische Ebene:** In Brüssel wird seit letztem Jahr intensiv an dem Ziel für **20 % Energieeffizienz** gearbeitet. Daher wurde die Energieeffizienz RL erarbeitet, die sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindet. Im ENVI wurde der RL in einer strengen Form bereits zugestimmt und auch ein Beschluss für einen Eingriff in den Emissionshandel beschlossen (Reduktion von Zuteilungszertifikaten). Derzeit befindet sich das Verfahren vor dem ITRE Ausschuss. Ein Abschluss ist nicht vor Sommer 2012 zu erwarten. Die BSI hat bereits Positionspapiere und Stellungnahmen an die Österreich-Vertretungen des Parlaments im Jahr 2011 übermittelt. Mehrere Termine auf europäischer Ebene mit den entscheidenden Ansprechpartnern wurden durch die BSI mit vorbereitet und durch die EU Vertretung der WKÖ weitergetragen.

Für die Industrie bleibt Energie ein hoher Kostenfaktor, der schon aus betriebswirtschaftlicher Relevanz, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Kostendruck laufend überprüft und verbessert wird. Die Energieeffizienzgesetze, egal auf welcher Kompetenzebene sie nun früher oder später umgesetzt werden, sollten inhaltlich abgestimmt diese Bemühungen der Industrie fördern und nicht eine Einschränkung für das wirtschaftliche Wachstum darstellen. Dafür tritt die Bundessarte Industrie weiterhin ein.

### Ökostromgesetz

Das Ökostromgesetz wurde im Sommer 2011 beschlossen und beinhaltet neben einer Anhebung der

Für die Industrie bleibt Energie ein hoher Kostenfaktor, der schon aus betriebswirtschaftlicher Relevanz laufend überprüft und verbessert wird. Die Energieeffizienzgesetze sollten inhaltlich abgestimmt diese Bemühungen der Industrie fördern und nicht eine Einschränkung für das wirtschaftliche Wachstum darstellen.

Ökostromfördevolumen auch einen neuen Aufbringungsmechanismus und eine neue Lastenverteilung, die auch trotz Aufstockung der Förderbudgets eine deutliche **Entlastung für energieintensive Industrie** bringen wird. Diese Entlastung für energieintensive Unternehmen wird allerdings erst nach Genehmigung durch die Europäische Kommission wirksam, deren

Prozess es nach der nationalen Beschlussfassung zu unterstützen galt. Die Genehmigung der Kommission erfolgte im Februar 2012 und führt dazu, dass das neue System mit 1. Juli 2012 wirksam wird.

Die BSI hat somit nach jahrelanger interessenpolitischer Arbeit durch unzählige Diskussionen, Studien und Nachweise gegenüber der Politik zu einem für die Industrie positiven Ergebnis in der Frage Ökostromgesetz entscheidend beitragen können.

### Elektromobilitätsstrategie

Die Einführung von Maßnahmen für E-Mobilität in Österreich und eines Umsetzungsplans wurden im Frühsommer 2011 von interministeriellen Steuerungsgruppen im Rahmen der drei Ministerien BMWFJ, BMLFUW und BMVIT gestartet. Die BSI konnte diese Gruppen in bewährter Weise mit Experten aus der Industrie besetzen und so zu einer auf den Standort Österreich bezogenen Ausrichtung der Strategie hinwirken.

Vorgeschalten und parallel dazu behauptet sich die BSI in der interessenpolitischen Ausrichtung der gesamten WKÖ gegenüber allen anderen Sparten und konnte auch hier dominierend die Interessen der Industrie durchsetzen, wie das E-Mobilitäts-Programm und Positionspapier der WKÖ beweist.

### Wasserpolitik

Die EU-Wasserpolitik war im Jahr 2011 von den Vorbereitungsarbeiten für den sogenannten „Blueprint“ zur Überarbeitung der mittlerweile zwölf Jahre alten **EU-Wasserrahmen-Richtlinie** geprägt. Durch die Teilnahme an der europäischen Wasserkonferenz in Budapest im Rahmen der ungarischen Ratspräsidentschaft hatte die Bundessparte Industrie die Möglichkeit, sich direkt mit Experten aus der Wissenschaft, der europäischen

Kommission und den Mitgliedstaaten auszutauschen. In der Folge wurden mögliche Handlungsfelder aus Sicht der Industrie erarbeitet und mit dem Umweltministerium diskutiert. Diese bilden nun die Basis für die umweltpolitische Arbeit im Jahr 2012. Die wichtigsten Kernthemen sind die Überarbeitung der Umweltqualitätsnorm-Richtlinie (Prioritäre Stoffe), der Umgang mit Erkenntnissen aus den nationalen Gewässerbewirtschaftungsplänen, aber auch Zukunftsthemen, wie Water-Footprinting und Ressourcenmanagement angesichts von Wasserknappheit und Klimawandel in Europa.

National kam es zu einer **Novelle des Wasserrechtsgesetzes** Ende März, die u.a. Neuerungen beim Hochwasserschutz, zu den anstehenden Sanierungsprogrammen der Bundesländer und betreffend Fischaufstieghilfen brachte. Auch Verwaltungsvereinfachungen (z.B. vereinfachte Verfahren bei Wasserkraftanlagen zur Eigenstromproduktion) finden sich in der Novelle wieder.

Im Laufe des Jahres kam es überdies zu einer Gesprächsintensivierung mit der Wassersektion des BMLFUW. Ein teilweise neu formiertes Team wird dort den Bereich der Abwasseremissionsverordnungen (AEV) künftig betreuen. Mit der Umsetzung der Industrieemissionen-RL in Österreich wurde aufgrund der Verknüpfungen mit dem Wasserrecht auch der Startschuss für die technische Überarbeitung der AEV (mehr als 60 Verordnungen) gegeben. Gegen Jahresende kam es zu ersten Kontaktgesprächen zwischen der Verwaltung

und den Branchen Glas bzw. Eisen & Stahl, die den Reigen der AEV-Novellen eröffnen werden.

### Im „Nationalen Arbeitskreis Anthropogene Spurenstoffe“

sitzt die Bundessparte Industrie seit 2011 mit Vertretern aus Wissenschaft und Verwaltung: Ziel ist es, Wissen über diese definitorisch neue Gruppe von Stoffen (u.a. Arzneimittel, Biozide, aber auch industrielle Schadstoffe in geringen Konzentrationen) zusammenzutragen und nationale Handlungsfelder zu identifizieren. Dabei spielen Gefahren- und Risikoabschätzungen, aber auch legislative oder sozioökonomische Hintergründe eine bedeutende Rolle.

### Chemikalienpolitik

Die **Nano-Informations-Plattform (NIP)** hat als ein Folgeprojekt aus dem Aktionsplan Nanotechnologie den Zweck, in einfacher, objektiver und anschaulicher Weise die Thematik Nanomaterialien (Gesetzliche Regelungen, Anwendungsmöglichkeiten, Risikobetrachtungen, Nutzen, ...) für die Öffentlichkeit aufzubereiten. Eine Webpage als Endprodukt soll in Zusammenarbeit mit Ministerien und NGOs 2012 fertiggestellt

Energie und Klima sind Themen, die zukünftig seitens der Politik immer mehr über steuerliche Elemente gestaltet werden. Eine Erhöhung der Kosten in diesen entscheidenden Standortfaktoren für die österreichische Industrie wird dazu führen, dass die industrielle Produktion innerhalb Europas immer schwieriger wird.

werden. Die BSI bemühte sich im vergangenen Jahr um gezielte Brancheneinbindung bei der Texterstellung und um eine weitgehend sachliche Diskussion und Aufarbeitung der Materie.

Das **europäische Chemikalienrecht** unter REACH und CLP ist mittlerweile in ruhigeres Fahrwasser gelangt, weshalb sich die Arbeit weitestgehend auf die Aufbereitung und Weitergabe von Informationen zu Studien und Konsultationen bzw. zu branchenspezifischen Fragestellungen beschränkte.

### Luftpolitik

Nach der Novelle des **Immissionsschutzgesetzes Luft (IG-L) 2010** waren im vergangenen Jahr noch einige Nachbeben zur Interpretation des Rechtstextes zu vernehmen, insbesondere zur Ausweisung von Sanierungsgebieten auf Basis der neuen EU-Grenzwerte. Im vergangenen Herbst stand die Fristerstreckung für die Einhaltung von NO<sub>2</sub>-Grenzwerten nach der europäischen Luftqualitäts-Richtlinie im Fokus eines Stakeholder-Workshops des Umweltbundesamtes. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde u.a. die Problematik der Betriebsansiedlung in stickstoffoxid(NO<sub>x</sub>)-belasteten Gebieten und die aus Sicht der Industrie teilweise nicht EU-konforme Aufstellung von Messstellen diskutiert.

Letzteres Thema ist auch Gegenstand einer derzeit noch nicht erlassenen **Messkonzept-Verordnung zum IG-L**. Der Entwurf zur Baumaschinen-Verordnung (nach § 13 IG-L), die den Einsatz von mobilen Maschinen in Sanierungsgebieten reguliert, wurde ebenfalls das gesamte Jahr 2011 hindurch unter Einbeziehung der Industrie verhandelt und soll im ersten Halbjahr 2012 erlassen werden.

### Biodiversität

Auf Basis von internationalen Protokollen wurde im vergangenen Jahr das Thema **Biodiversitätsstrategie 2020** auf EU Ebene neu aufgerollt. Relevant ist dieses Paket insofern, als dass u.a. die Zukunft der europäischen Naturschutzpolitik (Natura 2000) eng damit verwoben ist. Neuthemen wie „Ökosystemdienstleistungen“<sup>41</sup> und „ABS“<sup>42</sup> werden aufgrund von möglichen künftigen Kosten in den kommenden Jahren für die Industrie an Bedeutung gewinnen. Die Bundessparte Industrie verfolgte daher gemeinsam mit den betroffenen Branchen 2011 die politischen Geschehnisse sehr aufmerksam.

### Rohstoffe und Ressourceneffizienz

Das von Umweltkommissar Janez Potočnik ausgerichtete **Jahr der Ressourceneffizienz** wurde von einer wahren Flut von (supra)nationalen Initiativen und politischen Papieren begleitet. In die europäische Rohstoffinitiative, die den Überbau der Effizienzpolitik bildet, kam wieder Bewegung. Auch die mediale Berichterstattung konnte sich angesichts der volatilen Rohstoffmärkte und der geo- und handelspolitischen Hintergründe dem Thema nicht entziehen - was eine allgemeine Sensibilisierung in Wirtschaft und Gesellschaft zur Folge hat.

Da die Thematik im Gesamtfeld der Umweltpolitik vergleichsweise jung ist, fokussierte die Arbeit der Bundessparte Industrie auf eine grundlegende **Meinungsbildung und Positionierung**. Die Ökologisierung der Steuersysteme mit ihrer Verlagerung auf Ressourcenbesteuerung ist ebenso künftiges Kernthema wie das zunehmend „ökologisierte“ Design von Produktion und Produkt. Auch hier sind „Footprints“ künftig von verstärkter Bedeutung. Die Ausweitung der

Die Ausweitung der Kreislaufwirtschaft zur Verbesserung der Ressourceneffizienz spielt eine wesentliche Rolle, zumal ihr auch von Industrieseite erhebliches Potenzial (national und EU weit) nachgesagt wird.

Kreislaufwirtschaft spielt ebenso eine wesentliche Rolle, zumal ihr auch von Industrieseite erhebliches Verbesserungspotenzial (national und EU weit) nachgesagt wird.

Während sich die europäische Ressourceneffizienz-Politik vorerst auf das gründliche Sammeln von

Information und die Entwicklung von geeigneten Bewertungsindikatoren bis 2013 konzentrieren wird, schloss das österreichische Umweltministerium seinen **Aktionsplan Ressourceneffizienz (REAP)** Anfang 2012 ab und präsentierte auch bereits Maßnahmenpakete. Durch die aktive Beteiligung von Bundessparte Industrie, Wirtschaftskammer Österreich und dem Wirtschaftsministerium gelang es aber, das zu heftige nationale Vorpreschen gegenüber dem EU Fahrplan in einem angemessenen Rahmen zu halten. Die Ziele des Plans („Plus 50 % Ressourceneffizienz und minus 20 % Ressourcenverbrauch bis 2020 auf der Basis 2008“) werden nach langen Diskussionen nun „angestrebt“, die formulierten Maßnahmen haben vorerst durchwegs Anreiz- bzw. Förderungscharakter.

#### Rohstoffe und Ressourceneffizienz

Angesichts der Lage der internationalen Rohstoffmärkte gelangt man in Wirtschaft und Politik zunehmend zu dem Bewusstsein, dass der Standort Europa immer mehr in Rohstoffabhängigkeiten gerät. Der Themenkreis bildet daher künftig einen Schwerpunkt in der Arbeit der Bundessparte Industrie und hat die mittel- und langfristige Versorgung der Industrie durch verstärkten Rohstoffabbau in der EU, maßgeschneiderte Ressourceneffizienz-Maßnahmen und internationale diplomatische Bemühungen zum Ziel.

## AWG-Novelle

Am 16. Februar 2011 ist die AWG-Novelle 2010 in Kraft getreten. Die Novelle diente im Wesentlichen der **Umsetzung der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie** (Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle). Mit der Novelle werden u.a. die geänderten und neuen Begriffsbestimmungen, die neue fünfstufige Abfallhierarchie (Vermeidung - Vorbereitung zur Wiederverwendung - Recycling - sonstige Verwertung - Beseitigung), die neue Genehmigungspflicht für die Sammlung und Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen, die Regeln für das Abfallende und die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Erstellung von Abfallvermeidungsprogrammen der Richtlinie übernommen.

Außerdem wurden - als Erleichterungen für Abfallimporte zu österreichische Abfallbehandlungsanlagen - Durchführungsbestimmungen für die Möglichkeit der sogenannten „Pränotifizierung“ im AWG verankert.

Eine weitere Erleichterung ist, dass das Abfallwirtschaftskonzept, wenn keine wesentliche abfallrelevante Änderung vorliegt, nur mehr alle sieben (anstatt fünf) Jahre fortzuschreiben ist und die Fortschreibung der EMAS-Umwelterklärung als Fortschreibung des AWK gilt.

## Verpackungen

Für 2012 ist die schon lange angekündigte **Novelle der Verpackungsverordnung** tatsächlich geplant. Ein wesentliches Thema werden die Regelungen zu Wettbewerbsbedingungen bei Sammel- und Verwertungssystemen sein, um auch anderen Haushalts-sammelsystemen die Möglichkeit zu geben sich am österreichischen Markt zu etablieren.

Die Verhandlungen zur AWG-Novelle 2010 wurden von Seiten der SPÖ mit einer **Mehrwegdiskussion** gekoppelt. Die beschlossene AWG-Novelle enthält zwar keine „Mehrwegbestimmung“, aber es wurde ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Schultes und Bayer im Umweltausschuss beschlossen, welcher die Vorlage von Maßnahmen und Regelungen für eine umweltfreundliche Entwicklung des Mehrweganteils durch die Sozialpartner vorsah. Es wurde daher von den Sozialpartnern eine Empfehlung zum Thema Mehrweg abgeschlossen, hinter der die Wirtschaft, insbesondere die Abfüller und Verpackungshersteller stehen.

Zum Thema „**Plastiksackerl**“ wurde von ÖVP und SPÖ gemeinsam Mitte Mai ein Entschließungsantrag eingebracht, um die ökologische Vertretbarkeit des Plastiksackerls zu evaluieren. Außerdem hat die Europäische Kommission eine Konsultation zum Thema „Plastiksackerl“ durchgeführt, bei der sich über 70 % der Antworten für ein Verbot von Plastiktragetaschen aussprachen. Es wird von der Europäischen Kommission

nun geprüft ob und wenn ja welche Maßnahmen auf europäische Ebene erfolgen.

## EDM-Aufwandersatzverordnung

Mit der Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes wurde unter Protesten der Sparte Industrie eine Verordnungsermächtigung für die EDM-Kostenbeteiligung der Wirtschaft aufgenommen.

Die daraufhin erlassene EDM-Aufwandersatzverordnung (BGBl II Nr. 404/2011) trat mit 1. Jänner 2012 in Kraft und sieht einen Aufwandersatz für die Sicherstellung des regulären Betriebs und der Wartung funktionsfähiger Anwendungen des Elektronischen Datenmanagements (EDM) vor.

Direkt von der Zahlungsverpflichtung betroffen sind die im Bereich der ElektroaltgeräteVO und Batterien-VO genehmigten Sammel- und Verwertungssysteme. Erste Zahlungen für das Kalenderjahr 2012 haben bis spätestens 30. Juni 2013 zu erfolgen.

## Novelle des Altlastensanierungsgesetzes (ALSAG)

Auch im Jahr 2011 wurde eine **Umstellung des ALSAG Beitragssystems** zwischen Wirtschaft und Lebensministerium heftig diskutiert. Die Überlegungen des Lebensministeriums, das ALSAG Beitragssystem auf eine Gebühr umzustellen, die bei der Übergabe des Abfalls an eine andere (juristische) Person anfällt, wird insgesamt strikt abgelehnt. Unter anderem würde diese Systemumstellung den negativen Beigeschmack haben, dass Recyclingbetriebe mit höheren Rohstoffkosten und einem Wettbewerbsnachteil zu rechnen hätten. Ein Lenkungseffekt des ALSAG-Beitrags wäre bei dem angedachten Modell nicht mehr gegeben.

Am 30. März 2011 wurde eine Änderung des Altlastensanierungsgesetzes im BGBl. I Nr. 15/2011 verlautbart, mit der klar gestellt wurde, dass die Verwendung von Stahlwerksschlacken (mit Qualitätssicherungssystem) im Straßenbau beitragsfrei ist. Außerdem wurde eine Gebührenbefreiung für Abfälle aus Abbruchmaßnahmen (mit Bestätigung der Gemeinde), die auf einer Inertabfalldeponie abgelagert werden dürfen, eingeführt. Die Novelle trat mit 1. April 2011 in Kraft.

## Industrieemissions-Richtlinie

Die EU-Richtlinie über Industrieemissionen wurde am 17. Dezember 2010 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und trat 20 Tage nach Ihrer Veröffentlichung - also am 6. Jänner 2011 - in Kraft. Die Richtlinie ist **innerhalb von zwei Jahren in österreichisches Recht umzusetzen**.

Erste konkrete Gespräche mit dem Lebensministerium und dem Wirtschaftsministerium wurden Anfang 2012

geführt. Zur Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie ist aus anlagenrechtlicher Sicht eine Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes und eine Novelle der Gewerbeordnung notwendig, der vor allem die allgemeinen Teile der Richtlinie und die Anlage 1 Anlagen (IPPC-Anlagen) betrifft. Außerdem wird das Emissionsschutzgesetz-Kessel im Zuge der Anpassung vollständig überarbeitet werden. Weitere kleinere Anpassungen sind in der Abfallverbrennungsverordnung und in der VOC-Anlagen-Verordnung notwendig.

### Überarbeitung der Seveso Richtlinie

Durch die Richtlinie 96/82/EG „Seveso-II“ sollen durch gefährliche Stoffe hervorgerufene **Industrieunfälle** vermieden sowie deren Auswirkungen gelindert werden.

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine **neue Seveso Richtlinie** vorgelegt. Die Änderungen betreffen die Anpassung an die CLP-Richtlinie, Einbeziehung der Öffentlichkeit und die Informationspflichten. Problematisch bei der Überarbeitung ist, dass nicht nur durch die Anpassung an die CLP Richtlinie Änderungen im Anwendungsbereich erwartet werden, sondern auch, dass sich durch die REACH Registrierungen die chemikalienrechtliche Einstufung mancher Stoffe ändert und damit zukünftig mehr Anlagen als erwartet unter den Anwendungsbereich fallen könnten.

Die Seveso III-Richtlinie soll im März 2012 auf europäischer Ebene abschließend verhandelt werden und ist danach von den Mitgliedstaaten umzusetzen. Für die Umsetzung ist eine lange Übergangsfrist bis Mai 2015 geplant.

Österreich setzte die Seveso II-Richtlinie einerseits durch bundesrechtliche Maßnahmen aber auch durch das Landesrecht um. Auf Bundesebene ist vor allem der 8a. Abschnitt der Gewerbeordnung relevant, der so gut wie alle derzeit betroffenen Betriebe umfasst. Im Landesrecht wurden auf Seveso-Betriebe bezogene Maßnahmen im Raumordnungsrecht sowie teilweise im Baurecht gesetzt.

### Elektro- und Elektronikgeräte

Die Richtlinie zur **Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten** - RoHS-Richtlinie wurde am 1. Juli 2011 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Der Geltungsbereich ist nun weiter gefasst als bisher, wobei Elektro- und Elektronikgeräte, die nicht unter die RoHS-Richtlinie 2002/95/EG fallen, aber von der neuen Richtlinie erfasst werden, während einer Übergangszeit von acht Jahren nicht den Anforderungen dieser Richtlinie entsprechen müssen. Neu in den Geltungsbereich werden u.a. medizinische Produkte und

Messinstrumente fallen sowie Kabel und elektrische Zweirad-Fahrzeuge, die nicht typgenehmigt sind. Die Richtlinie ist von Österreich bis spätestens 2. Jänner 2013 in nationales Recht umzusetzen.

Bei der Revision der Richtlinie über die **Sammlung und Behandlung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten** (WEEE Richtlinie) dauerte ein Kompromiss länger als bei der RoHS-Richtlinie. Die WEEE-Richtlinie wurde erst am 21. Dezember 2011 von Rat und Europäischem Parlament (EP) in zweiter Lesung beschlossen. Es gab noch eine formale zweite Lesung im EP (19. Jänner 2012), danach erfolgte der Formalbeschluss des Rats. Zwischen April und Juni sollte die Richtlinie im Amtsblatt der EU erscheinen. Bei der vorgesehenen Umsetzungsfrist von 18 Monate wäre daher die Richtlinie bis spätestens Ende 2013 in Österreich umzusetzen.

In Österreich wurden die WEEE-Richtlinie und die RoHS-Richtlinie bisher in einer Verordnung, nämlich der „Elektroaltgeräteverordnung“ umgesetzt. Voraussichtlich ist die Umsetzung beider Richtlinien in einer österreichischen Verordnung weiterhin möglich. Wie die konkrete Umsetzung passiert, ist insbesondere bei der WEEE-Richtlinie wichtig.

### Abfallende/EU

Eine Verordnung (Nr. 333/2011) mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Schrott (Eisen- und Aluminiumschrotte) gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rats nicht mehr als Abfall anzusehen sind, wurde am 8. April 2011 im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die Verordnung regelt das Abfallende von Eisen-, Stahl- und Aluminiumschrott und gilt ab 9. Oktober 2011 unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Verordnungen für ein Abfallende Kupfer, Abfallende Papier, Abfallende Glas liegen bereits als Entwürfe vor. Die diesbezüglichen Verordnungen werden Anfang 2012 erwartet.

Weitere Verordnungen zum Abfallende auf europäischer Ebene sind geplant zu Kunststoffabfällen und zu biogenen Abfällen, wobei hier erst erste Studienentwürfe vorliegt.

- <sup>1</sup> Leistungen der Natur, die sich der Mensch nutzbar macht, sollen mit einem Geldwert versehen werden
- <sup>2</sup> Access and Benefit-Sharing, d.h. Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Ausgleich der daraus gewonnenen Vorteile, insbesondere zwischen den Staaten dieser Erde

**Mag. Andrea Bärenthaler, Mag. Richard Guhl und DI(FH) Christian Kaiser sind Mitarbeiter der Bundespartei Industrie.**



Michael Renelt

## Wirtschafts- und Forschungspolitik

Die Globalschätzung der Statistik Austria erwartet für das Jahr 2011 eine nur geringfügige Erhöhung der Forschungsquote auf 2,79 %, wobei die Forschungsausgaben des Unternehmenssektors mit 5,9 % voraussichtlich am deutlichsten zunehmen werden. Die Industrie begrüßt die ab 1. Jänner 2011 geltende Anhebung der Forschungsprämie von 8 auf 10 %, bedauert jedoch, dass eine Streichung des Deckels bei der Auftragsforschung nicht erreicht werden konnte.

### Forschungspolitik

#### Österreichs F&E-Ausgaben 2011

Die am 19. April 2011 von der Statistik Austria herausgegebene Globalschätzung zeigte, dass für Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) in Österreich im Jahre 2011 voraussichtlich erstmals mehr als acht Milliarden Euro ausgegeben werden. Gegenüber 2010 dürfte die Gesamtsumme der österreichischen F&E-Ausgaben um 5,0 % auf 8,29 Milliarden Euro ansteigen. Die **Forschungsquote 2011** wurde auf 2,79 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) geschätzt und wird sich gegenüber dem Jahr 2010 nur geringfügig erhöhen.

Von den F&E - Ausgaben 2011 wird mit 44,6 % (rund 3,70 Milliarden Euro) der größte Anteil von der heimischen Wirtschaft finanziert werden. Die **Finanzierung durch**

**den Unternehmenssektor** steigt nach einem Rückgang im Jahre 2009 und einer geringen Steigerung 2010 im Jahr 2011 mit 5,9 % wieder deutlich an. Der öffentliche Sektor wird 38,7 % (rund 3,21 Milliarden Euro) beitragen, wovon wiederum auf den Bund rund 2,73 Milliarden Euro und auf die Bundesländer rund 394 Millionen Euro entfallen. Rund 87 Millionen Euro decken die sonstigen öffentlichen Einrichtungen wie Gemeinden, Kammern und Sozialversicherungsträger ab. Insgesamt wird der öffentliche Sektor seine F&E-Ausgaben gegenüber 2010 um 4,5 % erhöhen.

16,2 % (rund 1,34 Milliarden Euro) werden zudem vom Ausland und 0,4 % (rund 35 Millionen Euro) vom privaten gemeinnützigen Sektor finanziert. Die Finanzierung durch das Ausland stammt zum überwiegenden Teil von internationalen Konzernen, deren heimische Tochterunternehmen in Österreich Forschung betreiben, und schließt die Rückflüsse aus den EU-Rahmenprogrammen für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration ein. Zählt man zu der Finanzierung des Unternehmenssektors die Auslandsfinanzierung hinzu, so ergeben diese zusammen 5,04 Milliarden Euro oder 60,8 % des gesamten österreichischen F&E-Ausgaben.

Österreichs Forschungsquote ist seit dem Jahr 2000 von 1,94 % auf geschätzte 2,79 % im Jahre 2011 angestiegen, seit 2009 verharrt sie jedoch nahezu auf

#### Finanzierung der österreichischen Forschungsausgaben

	2008	2009	2010	2011	2011
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Anteil in %
<b>Bruttoinlandsausgaben für F&amp;E</b>	<b>7.548</b>	<b>7.658</b>	<b>7.891</b>	<b>8.286</b>	<b>100,0</b>
Davon finanziert durch:					
Bund	2.357	2.476	2.597	2.730	32,9
Bundesländer	354	383	390	394	4,8
Unternehmenssektor	3.481	3.442	3.492	3.698	44,6
Ausland	1.241	1.241	1.294	1.343	16,2
Sonstige	116	116	119	122	1,5
<b>BIP nominell</b>	<b>283.090</b>	<b>274.320</b>	<b>284.000</b>	<b>296.870</b>	
<b>Forschungsquote</b>	<b>2,67 %</b>	<b>2,79 %</b>	<b>2,78 %</b>	<b>2,79 %</b>	

Quelle: STATISTIK AUSTRIA (Globalschätzung 2011) , WIFO Prognose März 2011

gleichem Niveau. Auf Grund des Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 und eines gleichzeitigen moderaten Anstieges der österreichischen Forschungsausgaben kam es von 2008 auf 2009 zu einer starken Erhöhung der Forschungsquote von 2,67 % auf 2,79 %, was genau dem Wert von 2011 entspricht.

Im **internationalen Vergleich** übertrifft Österreich die Forschungsquote der EU-27 von 2,0 % für das Vergleichsjahr 2009 deutlich und ist mit Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland in der Gruppe jener Länder, die eine höhere Forschungsquote als 2,5 % aufweisen.

### FTI-Strategie der Bundesregierung

Im März 2011 wurde im Ministerrat die FTI-Strategie des Bundes unter dem Titel „**Potentiale ausschöpfen, Dynamik steigern, Zukunft schaffen**“ beschlossen und damit der im August 2009 gestartete Prozess einer Erarbeitung einer Strategie für die mittel- und langfristige österreichische FTI-Politik auf Basis der Ergebnisse der Systemevaluierung des Forschungsförderungssystems und des Forschungsdialogs abgeschlossen.

In diesem 48-seitigen Papier bekennt sich die Bundesregierung zu einer „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“, strebt eine **Steigerung der Forschungsquote um einen Prozentpunkt auf 3,76 % im Jahre 2020** an (wobei 66 % - womöglich 70 % - der F&E-Investitionen von privater Seite getragen werden sollen) und möchte in den kommenden Jahren Unternehmen und Forschungseinrichtungen durch innovationsfördernde Rahmenbedingungen zu noch mehr Forschung stimulieren.

In dieser FTI-Strategie fehlen allerdings entsprechende Umsetzungsverantwortliche sowie konkrete Maßnahmen mit der entsprechenden finanziellen Deckung. Es bleibt zu hoffen, dass die im Herbst 2011 diesbezüglich eingerichteten acht interministerielle Arbeitsgruppen bald konkrete Ergebnisse zur Umsetzung liefern.

### Nationalstiftung

Im Jahr 2011 hat die im Jahre 2003 als Teil eines Wachstums- und Standortpakets gegründete Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung die Verwendung von insgesamt **70 Millionen Euro** beschlossen. 27,5 Millionen Euro erhielt die FFG für die Programme Headquarter Strategy und BRIDGE (das waren 39,2 % der Gesamtmittel), 19,4 Millionen

Euro wurde dem Wissenschaftsfonds FWF für Schwerpunktprogramme und für Translational Research (Grundlagenforschung mit Kooperation zur Wirtschaft) zugeteilt, zusätzlich wurden 13,8 Millionen Euro der Österreichische Akademie der Wissenschaften, 4,8 Millionen Euro der Ludwig Boltzmann Gesellschaft sowie 4,5 Millionen Euro den Christian Doppler Labors ausgeschüttet. Außerdem wurden fünf Millionen Euro für eine Venture Capital Initiative vorgesehen.

### Erhöhte Forschungsprämie

In Umsetzung des Ende 2010 beschlossenen Budgetbegleitgesetzes 2011 kann ab diesem Berichtsjahr eine auf 10 % erhöhte Forschungsprämie steuerlich geltend gemacht werden (§ 108c EStG). Die Wermutstropfen dabei waren einerseits die Streichung des Forschungsfreibetrags ALT für volkswirtschaftlich wertvolle Erfindungen sowie keinerlei Bewegung bei der Forderung nach **Abschaffung des Deckels bei der Auftragsforschung**. Die bestehende Deckelung bei der Auftragsforschung auf 100.000 Euro behindert die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Forschungseinrichtungen, Universitäten und Fachhochschulen. Ihre Aufhebung beziehungsweise

beziehungsweise eine deutliche Anhebung auf fünf Millionen Euro wäre somit eine Win-Win-Maßnahme sowohl für die heimischen Unternehmen als auch für die Forschungseinrichtungen und dem Forschungsstandort Österreich und würde zudem den Universitäten zu Gute kommen.

Trotz notwendiger Schritte zur Budgetkonsolidierung müssen auch künftig die Bereiche Bildung, Forschung und Innovation innerhalb der Budgetrahmen der entsprechenden Ressorts mit einem Optimum an Zuweisungen ausgestattet werden. Gerade bei zukunftsweisenden Investitionen darf nicht gespart werden. Aufrecht bleibt die Forderung nach einem Streichen des Deckels bei der Auftragsforschung. Bei den zu Ende gehenden Ausschreibungen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms sollte es Ziel sein, bestmöglichst zu partizipieren und insbesondere die Beteiligung der Industrie zu erhöhen.

Als in der Vorbegutachtung des Budgetbegleitgesetzes 2012, Teil Abgabenänderungsgesetz, Anfang Oktober 2011 das Finanzministerium ebenfalls für die Streichung des Deckels für Auftragsforschung eintrat schien bei der bereits langjährigen gemeinsamen Forderung von WKÖ und IV endlich Bewegung zu entstehen (Budget voraussichtlich 10 Millionen Euro). Bedauerlicherweise konnte zu diesem Punkt **keine politische Einigung** mit der SPÖ erzielt werden und der Entwurf des Budgetbegleitgesetzes 2012 wurde ohne die Streichung des Auftragsforschungsdeckels am 19. Oktober 2011 vom Ministerrat beschlossen.

Die Forderung nach Streichung des Deckels bei der Auftragsforschung bleibt somit seitens der Industrie an oberster Stelle aufrecht.

### Internationale F&E - Kooperationen

Für die Finanzierung von europäischen F&E-Projekten, die in Konsortien mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft durchgeführt werden, hat die EU im

Sommer 2011 in praktisch allen Themenbereichen **Ausschreibungen im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (2007-2013)** veröffentlicht. Insgesamt standen dafür ein Gesamtbudget von rund acht Milliarden Euro zur Verfügung.

Die Beteiligung der österreichischen Industrie am derzeit laufenden 7. EU-Forschungsrahmenprogramm ist nach wie vor mäßig. Zum Datenstand November 2011 konnten bisher 1.508 Projektvorschläge mit 2.095 österreichischen Beteiligungen mit Förderungen aus diesem Programm rechnen. Somit kommen 2,5 % aller bewilligten Beteiligungen im 7. Rahmenprogramm aus Österreich (= zehnte Stelle innerhalb der EU27). 3,5 % aller förderwürdig eingestuften Projekte werden von österreichischen Organisationen koordiniert. Von den insgesamt in der EU bewilligten Fördergelder von 20,6 Milliarden Euro können 551 Millionen Euro österreichischen Partnern zugeordnet werden. Anteilsmäßig waren die Österreicher in der Programmsäule „Zusammenarbeit“ am stärksten beteiligt und innerhalb dieser besonders in der Programmlinie „ICT“ mit 477 österreichischen Beteiligungen. 60 % der bewilligten österreichischen Beteiligungen werden universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugeordnet. Nur jede vierte bewilligte Beteiligung kommt aus der Industrie (19 % von KMU und nur 7 % von Großunternehmen).

Standortschädigende Vorstöße - wie eine Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, einer Erbschafts- und Schenkungssteuer beziehungsweise Änderungen bei der Gruppenbesteuerung und eine Erhöhung der Körperschaftssteuer - müssen im Rahmen der Budgetkonsolidierung vermieden werden. Ausgabenseitigen Maßnahmen und Strukturreformen ist der Vorzug zu geben.

ben haben - ging an Helmut Ulrich, Geschäftsführer von Böhler Uddeholm Afrika in Johannesburg.

### Österreichs Industrie-Kennzahlen 2011

Im Juni 2011 legte die Bundessparte Industrie, wie in den Vorjahren, wieder ihre Statistikbroschüre „Österreichs Industrie KENNZAHLEN 2011“ in aktualisierter Form neu auf. Das Kennzahlenheft mit signifikanten Zahlen, Daten und Fakten der Branche ist im Internet auf der Homepage der Industrie unter <http://wko.at/industrie>, Geschäftsführung und Öffentlichkeitsarbeit, Statistik, KENNZAHLEN, abrufbar. Es soll allen an der österreichischen Industrie Interessierten als Informationsquelle, Orientierung und Dokumentation sowohl in fachlicher als auch in regionaler Gliederung dienen.

### Bilanzkennzahlenanalyse 2009/2010

Die Bundessparte Industrie setzte 2011 die in den Vorjahren beim Industriewissenschaftlichen Institut iwi in Auftrag gegebene Bilanzkennzahlenanalyse fort. Diese Analyse beinhaltet Sonderauswertungen für die sechs Industriefachverbände Stein/Keramik, Glas, Maschinen/Metallwaren, Elektro/Elektronik, Fahrzeuge und Holz, eine Länderauswertung der niederösterreichischen Industrie sowie eine für die Kollektivvertragsgruppe der Metaller.

## Wirtschaftspolitik

### Industrie-Exportpreis 2011

Im Rahmen der Gala-Veranstaltung beim „9. Österreichischen Exporttag“ wurden am 26. Mai 2011 die Exportpreise 2011 übergeben. In der Kategorie „Industrie“ gewann der niederösterreichische Automobilzulieferbetrieb Zizala Lichtsysteme GmbH. Der 1938 gegründete Familienbetrieb ist ein Spezialist in der Scheinwerferproduktion sowohl für Pkw als auch für Lkw. Die beiden Industrie-Ehrenpreise erhielten die austriamicrosystems AG in Unterpremstätten (Steiermark), Hersteller von Mikrochips für Automotive, Industrie, Medizintechnik, Unterhaltungselektronik und Kommunikation, sowie der Feuerwehrfahrzeughersteller Rosenbauer International AG in Leonding (Oberösterreich).

Der gesondert vergebene go-international Award 2011 ging an die Alpa Werke Alwin Lehner GmbH & Co KG. Der „Expert-Award 2011“ - ein Ehrenpreis für Auslandsösterreicher, die sich als Leiter einer österreichischen Niederlassung Verdienste im Ausland erwor-

### Budgetkonsolidierung

Im Bundesfinanzrahmengesetz 2011 bis 2015 (BGBl. I 40/2011) wurden die Ausgabenobergrenzen neu beschlossen und Einzelheiten in einem Strategiebericht 2012 bis 2015 festgehalten. Die mittlerweile durch das aktuelle Sparpaket überholte Zielsetzung hatte vorgesehen, das öffentliche Defizit nach Maastricht bis 2015 auf 2,0 % zu senken. Die öffentliche Verschuldung, deren Anstieg auf 75,5 % im Jahr 2013 vorgesehen war, sollte im Jahr 2015 - wenig ambitioniert - auf 74,4 % des BIP rückgeführt werden.

### Abgabenänderungsgesetz 2011

Der Schwerpunkt des am 1. August 2011 im BGBl. I 76/2011 kundgemachten Abgabenänderungsgesetzes 2011 lag aus Sicht der Industrie bei der Neuregelung der Steuerbegünstigung für Auslandstätigkeiten (siehe Bericht der Arbeitgeberpolitik).

**Mag. Michael Renelt ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.**





Manfred Engelmann

## Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundessparte Industrie verfolgt eine doppelte Zielrichtung: Einerseits in der Öffentlichkeit - und vor allem bei politischen Entscheidungsträger - die überragende Bedeutung der Industrie für Wertschöpfung und Wohlstand in Österreich ins Bewusstsein zu rufen und andererseits die Kommunikation mit den Mitgliedern zu stärken.

Das Jahr 2011 hat, nach längeren Vorarbeiten, die Umstellung der Mitgliederinformation „Die Industrie aus erster Hand“ von einer Papierversion in einen elektronischen Newsletter gebracht. Die größere Flexibilität der neuen Erscheinungsform gestattet es, wichtige Informationen zeitnah an alle Mitglieder heranzutragen. Die durch Druck und Versand der Papierausgabe aufgetretenen Zeitverzögerungen entfallen. Ein weiterer Vorteil des elektronischen Newsletters gegenüber der bisherigen Erscheinungsform liegt auch darin, dass zwischen den geplanten, periodischen Newslettern einzelne Aussendungen zu aktuellen Themenstellungen erfolgen können.

### Industrie aktuell

Gemeinsam mit dem Industriewissenschaftlichen Institut wird die Quartalsschrift „industrie aktuell“ heraus gegeben. Darin enthalten sind jeweils eine zusammenfassende Darstellung der Industriekonjunktur sowie eine detaillierte Schilderung der Entwicklung in den einzelnen Fachverbänden. Durch Berücksichtigung aktueller Themen in „industrie aktuell“ konnte zuletzt der Erscheinungsrhythmus des Informationsblatts „Die Industrie aus erster Hand“ ausgedünnt werden. Die verstärkte Einbindung von „industrie aktuell“ in die Kommunikationsstrategie der Bundessparte Industrie hat sich bewährt und wird auch künftig - abgestimmt mit dem nunmehr elektronischen Newsletter - fortgesetzt.

Thematische Schwerpunkte des letzten Jahres von „industrie aktuell“ waren im vergangenen Jahr Fragen der Bildungspolitik sowie eine sehr breite Befassung mit den Herausforderungen eines durch vielfache Unsicherheiten geprägten Umfeldes unternehmerischen Handelns. Über begleitende Pressegespräche und Presseaussendungen konnten diese Themen in eine weit über den Bezieherkreis hinaus reichende Öffentlichkeit getragen werden.

### Medienarbeit

Wichtigster Multiplikator für die Anliegen der Industrie sind die Medien: Pressekonferenzen, Presseaussendungen und Einzelgespräche mit Journalisten dienen dazu, die für die österreichische Industrie wichtigen Themen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Ein wichtiges Forum sind die quartalsweise abgehaltenen Pressekonferenzen zur Industriekonjunktur. Um die Resonanz in den Medien zu verbessern wurde im Jahr 2011 ein veränderter Zeitplan für die Abhaltung der Pressegespräche konzipiert; dadurch soll dem Interesse der Medien nach qualifizierten Prognosen über die Industrieentwicklung besser Rechnung getragen werden.

Ein langjähriger Fixpunkt der Medienarbeit, das Journalistenseminar der Bundessparte Industrie, wurde im Jahr 2011 wieder aufgenommen. Das Thema „Anforderungen der Industrie an das berufliche Bildungssystem“ entsprach nicht nur den drängenden Bedürfnissen der Industrie sondern traf auch auf ein erfreulich breites Medieninteresse. Dank fachkundiger Vorträge und einer offenen Diskussion wurde in den Medien das Verständnis für die hohe Bedeutung von qualifizierter Bildung auf allen Ebenen für ein hoch entwickeltes Industrieland gefestigt.

### Kommunikation mit Entscheidungsträgern

Die Bundessparte Industrie steht durch eine Vielzahl ihrer Aufgaben und Aktivitäten in einem regen Austausch mit politischen Entscheidungsträgern. Dabei ist es wichtig, jede Gelegenheit zu nützen um über den aktuellen Anlass hinaus die Bedeutung der Industrie für die österreichische Volkswirtschaft zu betonen. Zur Untermauerung dieser Tatsache initiiert die Bundessparte Industrie in regelmäßigen Abständen Untersuchungen und Studien. Bewährt hat sich, die Wichtigkeit der Industrie betont sachlich zu kommunizieren und damit die Bundessparte Industrie als kompetenten Ansprechpartner in industrierelevanten Fragen zu etablieren. Eine zunehmend bedeutsame Rolle kommt aktiven, individuellen Lobbying-Maßnahmen zu: Durch rechtzeitigen Aufbau von Kontakten mit Entscheidungsträgern und Bereitstellung von Informationen können Anliegen wirkungsvoll vertreten und Konfliktfelder beziehungsweise Probleme frühzeitig entschärft werden.

**Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie.**



Herwig W. Schneider

## Anmerkungen zur Entstehung der Schuldenkrise

In Zusammenhang mit den Bemühungen die Staatshaushalte vieler europäischer Länder zu konsolidieren taucht in der Öffentlichkeit häufig die Ansicht auf, der Zwang zur Haushaltssanierung sei ein Resultat der in der Krise getätigten zusätzlichen Ausgaben und übernommenen Haftungen. Tatsächlich muss aber, unter konjunkturell schwierigeren Bedingungen, nachgeholt werden, was in den Jahren vor der Krise leichtfertig verabsäumt wurde.

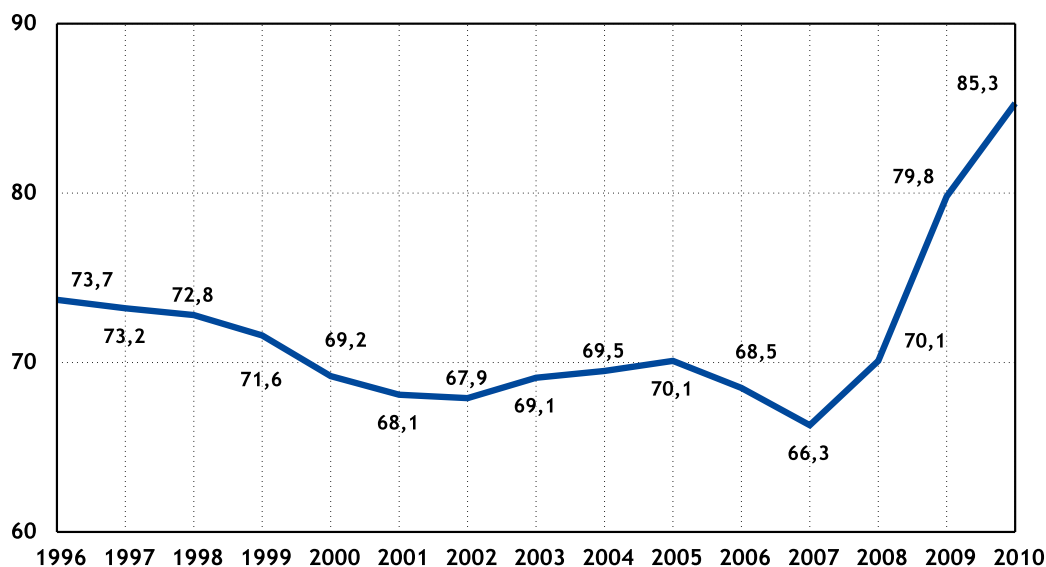
Die Industrieländer schaffen seit Jahrzehnten nicht, trotz hoher Steuerquoten und insgesamt durchaus kräftiger Einnahmenentwicklung, ihre Haushalte dauerhaft zu sanieren. Zu verwundern ist nicht, dass die Finanzmärkte gegenüber der Fähigkeit und Willigkeit der Staaten misstrauisch werden, für geordnete finanzielle Verhältnisse zu sorgen; zu verwundern ist vielmehr, dass die Märkte (wie auch die Ratingagenturen) so lange keine Probleme sehen wollten und gerade in den letzten Jahren vor der Krise zu Kreditvergaben zu historisch niedrigen Risikoprämien bereit waren.

Trotz höherer Schuldenquoten in den USA und Japan steht insbesondere Europa - und hier wiederum der Euroraum - im Zentrum der Aufmerksamkeit. Dies hat zweifellos institutionelle Gründe, da die Investoren

diese erste Bewährungsprobe des Eurosystems dazu nutzen, die Tragfähigkeit dieser historisch einmaligen Konstruktion zu testen und aus dem Spannungsfeld unterschiedlicher Risikoprofile der Mitgliedsländer und einer im Umfang noch nicht festgelegten Solidargemeinschaft Gewinn zu schlagen. Das trägt längerfristig wohl zu einer Stärkung des Euroraums und seiner Strukturen bei, da bisher bewusst unklar formulierte Zielsetzungen aufgrund bitterer Fakten in eine tragfähige Form gebracht werden müssen.

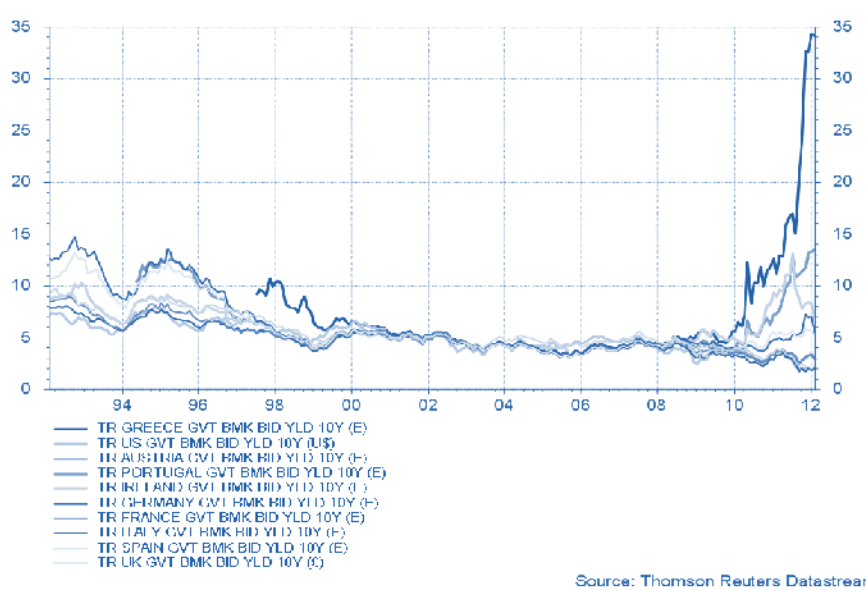
Sieht man sich die Finanzpolitik des Euroraums an, dann gibt es zwei Phasen (siehe Grafik 1): In den Jahren der Vorbereitung auf den Euro haben die (künftigen) Euroländer ihre Schuldenstände in kleinen Schritten reduziert; durchgeführte Reformen haben dazu beigetragen, dass sogar die (relativ milde) Rezession knapp nach der Jahrtausendwende zu keinem Anwachsen der Schuldenstände geführt hat. In den sechs Jahren von 1996 bis 2002 ist der Schuldenstand insgesamt um 5,8 Prozentpunkte auf 67,9 % gesunken. Trotz teilweise hervorragender Wirtschaftsjahre ist der Schuldenstand in den folgenden fünf Jahren, bis zum Ausbruch der Krise im Jahr 2008, kaum noch (nämlich nur um rund eineinhalb Prozentpunkte) zurück gegangen.

Grafik 1: Euroländer: Öffentlicher Schuldenstand in % des BIP



Quelle: Eurostat 2012; Daten für die 17 Länder des Euroraums

Grafik 2: Entwicklung der Renditen für zehnjährige Staatsanleihen 1992-2012



Von sehr vereinzelt Ausnahmen abgesehen haben in den letzten Jahrzehnten die europäischen Industrieländer zur echten **Rückzahlung von Schulden** oder zumindest zu einer markanten **Verminderung der Schuldenquoten keine Anzeichen** erkennen haben lassen. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus verständlich und auch ökonomisch grundsätzlich vernünftig über die Frage angemessener Risikoaufschläge bei der Verschuldung nachzudenken.

Interessant ist, dass die beiden markantesten Ausnahmen (Dänemark und Schweden) ihre Fiskalpolitik konzipieren mussten, ohne auf ein eventuell rettendes Sicherheitsnetz im Euroraum hoffen zu dürfen. Insofern scheint die oben bereits angesprochene **Ambivalenz der Regeln des Eurosystems** nicht nur fragwürdige Signale an die **Märkte** sondern auch an die beteiligten **Regierungen** gesendet zu haben.

Eine Mischung aus vorübergehenden Sparanstrengungen vor der Euroeinführung (darunter auch in Griechenland) und einem stillschweigenden Kalkül auf gegenseitige Hilfe innerhalb der Eurozone hat ab Mitte der 1990er Jahre die **Renditen der Staatsanleihen der Euroländer** auf einen ökonomisch nicht begründbaren Minimalkorridor komprimiert. Die in der **Grafik 2** abgebildeten Renditedifferenziale ab der Euroeinführung 1999 bis hin zum Jahr 2010 sind Abbild einer massiven Spekulation auf einen umfassenden Rettungsschirm für alle Schuldnerländer. Gemessen an der Konstruktion des Euroraums und der Ankündigungen war diese Spekulation hoch riskant, gemessen an den politischen Rettungsversuchen nach dem Einsetzen der Schuldenkrise hingegen durchaus nicht unrealistisch.

Das erste Jahrzehnt nach der Euroeinführung wäre für die hochverschuldeten Länder der Eurozone eine

in dieser Form wohl nie wiederkehrende **Gelegenheit zum Schuldenabbau** gewesen, da sie durch die Einbnung der Renditen hohe Zinersparnisse lukrieren konnten. Dass bei guter Konjunktur (= höhere Einnahmen) und niedrigsten Zinsen (=geringere Ausgabe) in diesem Zeitraum keine nennenswerten Fortschritte in der Budgetkonsolidierung erreicht werden konnte, ist ein enormes Versäumnis. Mit einigem Recht fragen sich die Investoren, wann - wenn nicht unter dieser Idealkonstellation - eine Reduktion der Schulden möglich sein sollte. Und verlangen folgerichtig **höhere Risikoprämien**.

In ihrer jüngsten Prognose (Februar 2012) identifiziert die Europäische Union die **Schuldenkrise als „major downside risk“**. Denn während die Realwirtschaft zumindest eine Bodenbildung anzeigt und der Finanzsektor an Stabilität gewinnt (interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die EU statistische Evidenz für ein weitgehendes Funktionieren der Märkte für Unternehmensfinanzierung in Europa vorlegt); während also Realwirtschaft und Finanzsektor Anlass zur Zuversicht geben, ist eine Intensivierung der Schuldenkrise noch immer möglich.

In dieser Situation wären **klare Signale** notwendig, dass die Politik die Notwendigkeit der Sanierung der Haushalte als echtes, **eigenes** Anliegen aufgreift und versteht. Die Suche nach Sündenböcken - Wirtschaftskrise, Banken, Ratingagenturen - ist leider vielfach ein Zeichen einer Fortsetzung der Politik der minimalst notwendigen Bemühungen.

**Dr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des IWI und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.**



Herwig W. Schneider

## Die internationale Konjunktorentwicklung

Die **Konjunkturprognosen** wichtiger internationaler Organisationen wurden in den letzten Monaten neuerlich nach unten revidiert. Damit hat sich bestätigt, was im Konjunkturbericht der letzten Ausgabe von „industrie aktuell“ bereits angekündigt worden war: Die damals abgegeben Prognosen waren mit erheblichen „**downside risks**“, eine Revision somit wahrscheinlich.

Die einzige große Wirtschaftseinheit, deren Wachstumsprognose vom Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht verringert wurde, sind die **USA**: Hier erwartet der IWF weiterhin ein Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent im laufenden Jahr, was - gemessen an den langjährigen Wachstumsraten - relativ bescheiden ist, vor allem im Vergleich zu Europa aber markant positiv hervorsteht. Ein bemerkenswertes Datenset hat im Februar 2012 die OECD vorgelegt, nämlich die OECD Composite Leading Indicators: Aus diesen geht hervor, dass die vorlaufenden Konjunkturindikatoren in den USA klar nach oben zeigen und damit die USA als einzige der analysierten Regionen und Staaten die Bewertung „**regained growth momentum**“ erhalten hat.

Damit bestätigt sich, dass der deutliche **Kursaufschwung an den US-Aktienmärkten** (der auch ein klassischer vorlaufender Konjunkturindikator ist) nicht eine isolierte Folge der von der US-Notenbank FED bis zumindest Ende 2014 angekündigten Niedrigzinspolitik ist. Im Detail betrachtet sind die aus den USA kommenden Daten zwar überwiegend positiv, aber doch auch noch immer von Stolpersteinen durchsetzt. Die alte Faustregel, dass Jahre mit **Präsidentenwahlen** gute Wirtschaftsjahre sind, lässt jedoch insbesondere die Analysten in den USA den guten Nachrichten mehr trauen als den schlechten - und da gerade das Durchbrechen einer negativen Stimmungsfrent zu den wichtigsten Wegbereitern eines selbsttragenden Aufschwungs zählt, scheinen die Chancen für ein positives Wirtschaftsszenario in den USA nicht schlecht zu stehen.

Wie sehr die Stimmung oftmals die tatsächliche Faktenlage in den Schatten stellen kann zeigt die Tatsache, dass die durchaus mit der Europäischen Union vergleichbare **Lage der Staatsschulden** in den USA derzeit niemanden mehr zu stören scheint. Der IWF hat in seinem Bericht vom Jänner 2012 zwar von „insufficient progress in developing medium-term fiscal consolidation plans in the United States“ geschrieben - und diesen mangelnden Fortschritt bei der Haushaltskonsolidierung als klaren „downside risk“ bezeichnet -, aber die Analysten wie Märkten haben diesbezüglich derzeit ein deutlich einäugiges, europäisches Sehvermögen.

Die Konzentration auf die Turbulenzen in der Euro-Zone verhindert auch, dass die insgesamt gute Entwicklung der „**Emerging and Developing Economies**“ - also der Welt außerhalb der Industrieländer - ausreichend gewürdigt wird. Auch diese Länder mussten von Prognosetermin zu Prognosetermin Herabstufungen zur Kenntnis nehmen, aber mit einem prognostizierten Wachstum von insgesamt 5,4 Prozent im laufenden Jahr und einer Beschleunigung auf 5,9 Prozent im Jahr 2013 verläuft der **Wachstumspfad verhältnismäßig robust**. Noch vor einigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass bei einem bescheidenen Wachstum der Triade (EU-USA-Japan) von rund einen Prozent der „Rest der Welt“ weitgehend ungeschoren davon kommt. Hier bestätigt sich wieder, dass dieser „Rest der Welt“ ein eigenes ökonomisches Gewicht

Tabelle: Wirtschaftswachstum 2012

	Prognose Herbst 2011	Prognose Jän/Feb 2012
IWF		
global	4,0	3,3
USA	1,8	1,8
Europäische Union	1,4	-0,1
Euroraum	1,8	1,6
Japan	2,3	1,7
Emerging Economies	6,1	5,4
CEE	2,7	1,1
Developing Asia	8,0	7,3
Naher Osten	-	3,2
Lateinamerika	4,0	3,6
Sub-Saharan Africa	5,8	5,5
EU		
Europäische Union	0,5	-0,3
Euroraum	0,6	0,0

Quelle: IWF „World Economic Outlook Update“, Jänner 2012; EU „Interim Forecast“, Februar 2012

aufbauen konnte und die neue Netzwerkbildung der Weltwirtschaft auch ohne die alten Industrieländer gut laufen kann.

Die Sorgen hinsichtlich der Wachstumsaussichten **Chinas** sind in den letzten Wochen und Monaten geringer geworden, auch wenn beispielsweise der Frühindikatoren der OECD eine gewisse Verlangsamung der Zuwachsraten zeigen. Angesichts der auch bestehenden Sorgen vor Überhitzungstendenzen der chinesischen Volkswirtschaft wird diese leichte Abkühlung teilweise als Erfolg am langfristigen Wachstumspfad gesehen. In **Indien** weisen die vorlaufenden Indikatoren auf eine Festigung der Konjunktur hin. Das **südliche Afrika** dürfte 2012 und 2013 neuerlich starke Wachstumsjahre erleben; mit jedem weiteren, guten Entwicklungsjahr dieser Region wächst auch die Hoffnung, dass es sich hier nicht um einen kurzfristigen Trend sondern um eine anhaltend positive Entwicklung handelt - was insbesondere für die internationale Investitionstätigkeit ein wichtiges Kriterium ist.

Im **Nahen Osten** (einschließlich Nordafrika) sorgt der hohe Ölpreis für ein Wachstum von jenseits der Drei-Prozent-Marke. Aus Sicht der entwickelten Volkswirtschaften wirkt dieser Wert durchaus befriedigend, aber er ist es nicht: Nachhaltige Wachstumsraten zwischen fünf und sechs Prozent wären in dieser Region notwendig, um für ausreichend Beschäftigung und Einkommen der durchschnittlich sehr jungen Bevölkerung dieser Länder zu sorgen. Erhebliche Reformen im wirtschaftlichen Gefüge werden notwendig sein, denn wenn nicht einmal der historisch hohe Ölpreis für entsprechendes Wachstum ausreicht, dann zeigt dies die überaus schwache Verfassung aller übrigen Wirtschaftsbereiche dieser Länder.

An dieser Stelle ein kurzer Hinweis zu den **Rohstoffpreisen**: Mögen die derzeit besonders hohen Ölpreise auch Resultat von politischen Faktoren sein, so ist doch mit einer massiven Verbilligung nicht (mehr) zu rechnen. Die Nachfrage nach Rohstoffen und Energie wächst mit der weltweiten Wirtschaftskraft, die Emerging Economies sorgen auch in den Flautezeiten der Industrieländer für eine stabile Nachfrage. Dadurch entstehen zwar vordergründig Nachteile für die (alten) Industrieländer - da keine Konjunkturstützung über billiger werdende (Energie-)Rohstoffe erfolgt -, insgesamt könnten aber die weltwirtschaftlichen Vorteile aufgrund einer Stabilisierung der Nachfrage und damit der Einkommen in rohstoffreichen Ländern überwiegen. Die daraus entstehenden Effekte, wie beispielsweise die erweiterte Nachfrage nach Investitionsgütern dieser Länder, darf nicht vernachlässigt werden.

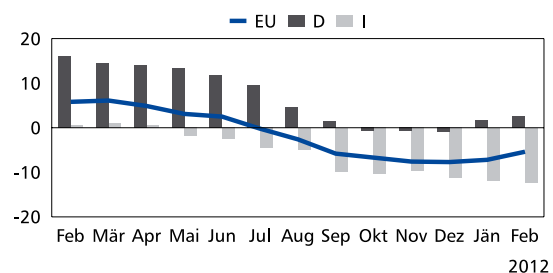
## Europäische Wirtschaftslage

In dem vor vier Monaten abgefassten Konjunkturbericht der letzten Ausgabe von „industrie aktuell“ hat es hinsichtlich der Europäischen Union geheißen: „Die ursprüngliche Prognose für 2012, die von einem zweiprozentigem Wachstum ausgegangen ist, kann daher heute bereits als Makulatur bezeichnet werden. Voraussichtlich wird eine Null vor dem Komma stehen, aber zumindest kein Minus vor der Zahl.“ Entsprechend den aktuellsten Zahlen der EU-Kommission (Interimprognose, veröffentlicht am 23. Februar 2012) steht eine Null vor und nach dem Komma: Die Wirtschaftsleistung der EU wird 2012 **weder wachsen noch schrumpfen**.

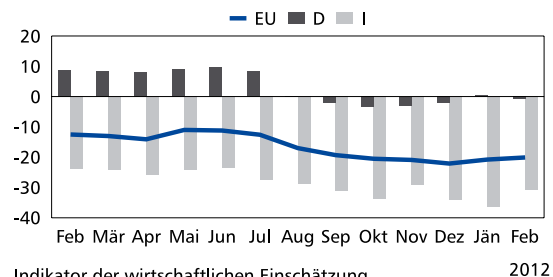
Der Grund für diese Schwäche wird von der EU sehr elegant beschrieben: Verantwortlich sind **negative Rückkopplungen** („negative feedback loops“) zwi-

### Internationale Konjunkturentwicklung<sup>1</sup>

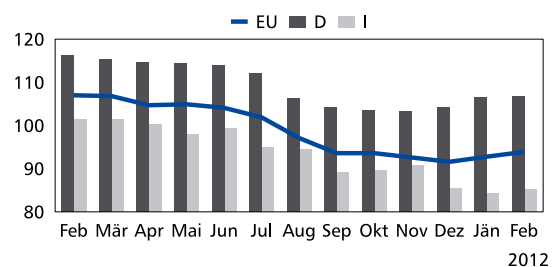
Indikator des Vertrauens in der Industrie<sup>2</sup>



Indikator des Verbrauchervertrauen



Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung



1 Ergebnisse der Umfrage der Europäischen Kommission in der verarbeitenden Industrie. Die Werte geben die Antwortsalden (Differenz zwischen dem jeweiligen Prozentsatz der positiven und negativen Antworten) wieder.  
2 Der Indikator ist das Mittel der Antwortsalden auf die Fragen über Produktionsaussichten, Auftragsbestände und Fertigwarenlager.

schen den Staatsschuldenkrise, zerbrechlichen Finanzmärkten und einer Abschwächung der Realwirtschaft. Die Wachstumsverlangsamung gegen Ende des Jahres 2011 und zu Beginn des laufenden Jahres ist deutlicher ausgefallen als ursprünglich erwartet, aber dennoch geben gerade die jüngsten Entwicklungen auch Anlass zu einer vorsichtig positiven Beurteilung.

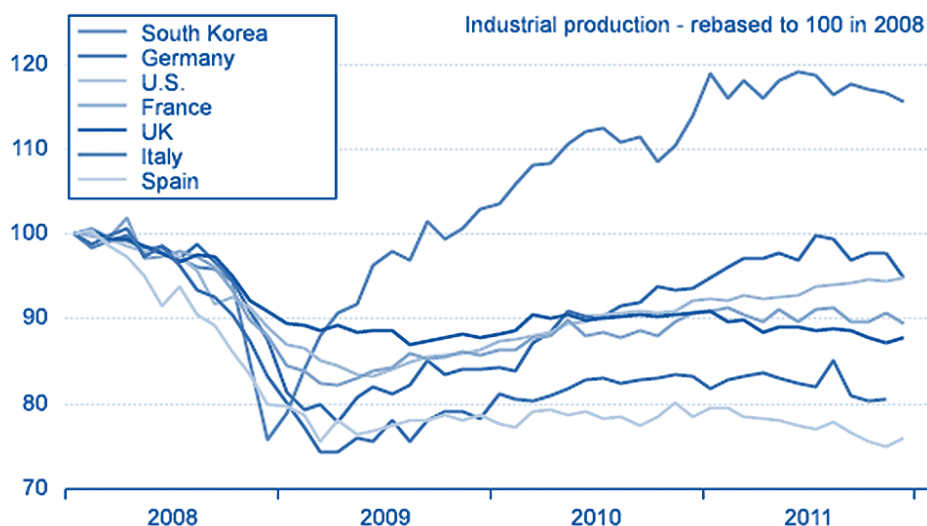
Zu diesen jüngsten Entwicklungen zählt, dass der **Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung in der Europäischen Union** nach mehr als einem halben Jahr des fortlaufenden Rückgangs im Jänner 2012 erstmals wieder angestiegen ist. Dieser Trend hat sich im neuersten, per Ende Februar veröffentlichten „business and consumer survey“ fortgesetzt. Der Gesamtanstieg fiel in beiden Monaten relativ deutlich aus und hat - zumindest partiell - alle Teilsegmente des Vertrauensindikators erreicht.

Besonders bemerkenswert ist, dass sich vor allem die Einschätzung der Lage durch die **europäische Industrie** wieder verbessert hat und - als einziger der Teilindikatoren - bereits über dem langfristigen Durchschnittswert liegt. Betrachtet man die Einzelkomponenten, aus denen die Umfrage den Vertrauensindikator der Industrie ermittelt, dann zeigt sich ein klassisches Bild für einen **Aufschwung**: Die Beurteilung der Produktion in den letzten Monaten ist unterdurchschnittlich, die Produktionserwartungen für die nächsten Monate erreichen knapp den langjährigen Durchschnitt, die Auftragsbücher sind überdurchschnittlich gefüllt (die Auslandsaufträge werden

sogar deutlich überdurchschnittlich beurteilt), und die Beschäftigungslage wird relativ gut eingeschätzt. Nicht übersehen darf man freilich, dass die Industrie einen tiefen Einbruch hinter sich hat. Im globalen Vergleich zeigt sich, dass in kaum einem Industrieland die Industrie das Produktionsniveau vor der Krise wieder erreichen konnte (siehe **Grafik**). Sieht man von Korea ab (dessen Industrieproduktion knapp 120 Prozent des Niveaus vor der Krise erreicht), dann haben bislang Deutschland und die USA den Weg zum Comeback am erfolgreichsten beschritten.<sup>1</sup> Die meisten europäischen Länder weisen hinsichtlich der Industrieproduktion weiterhin eine erhebliche Lücke gegenüber den Werten vor der Krise auf; vor diesem Hintergrund muss eine Angabe in einer Umfrage, man erwarte eine Verbesserung, ein wenig relativiert werden.

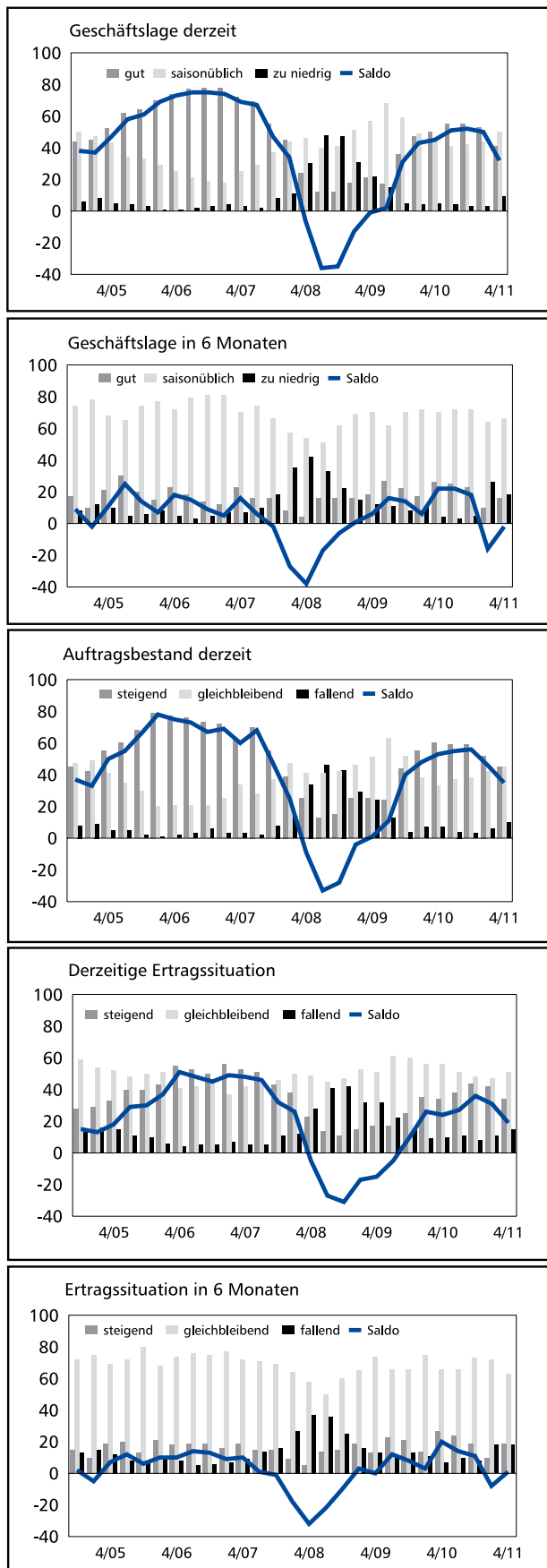
Überdurchschnittlich positiv sind die Rückmeldungen der Industrie aus **Ländern mit einer stark exportorientierten Wirtschaft**, wie beispielsweise Deutschland. Ebenfalls deutlich überdurchschnittlich ist die Einschätzung in Großbritannien, was mit der Brückenfunktion dieses Landes zwischen Europa und den (konjunkturell gefestigteren) USA in Zusammenhang zu sehen ist. Nicht überraschend sind die industriellen Nachzügler der Umfrage: Griechenland, Zypern und Portugal. In Italien, Spanien, Frankreich und - etwas überraschend - Schweden liegt die Einschätzung ein Stück unter dem langjährigen Durchschnitt; sie ist aber doch zumindest nicht von außergewöhnlichem Pessimismus geprägt. Die letztgenannte Ländergruppe ist insofern interessant, als sich hier, im Unterschied

Entwicklung der Industrieproduktion seit 2008



Source: Thomson Reuters Datastream

Reuters graphic/Scott Barber 10.02.2012



zu praktisch allen anderen europäischen Ländern, die Lage der Industrie gegenüber dem Herbst 2011 nicht oder nur unbedeutend verbessert hat.

Weiterhin klar unter den Durchschnittswerten liegen die Erwartungen der **Konsumenten**, des **Einzelhandels** und des **Servicebereichs**. Offensichtlich spielt hier nicht zuletzt die mediale Berichterstattung eine entscheidende Rolle, denn kaum ein anderer Indikator ist so stark abgestürzt wie die Einschätzung der generellen Wirtschaftslage durch die Konsumenten. Daher ist es umso bemerkenswerter, dass der Tiefpunkt des Verbrauchervertrauens im vierten Quartal 2011 in den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres - trotz anhaltender Untergangsstimmung in den Medien - überwunden werden konnte.

### Industrie in Österreich

Die in Zusammenhang mit den Umfragedaten der EU bereits angesprochene, relativ positive Stimmung der Industrie kommt auch im **IV-Konjunkturbarometer** für Österreich zum Ausdruck<sup>2</sup>: Immerhin zwei von fünf Unternehmen schätzen die derzeitige Geschäftslage als günstig ein, die Geschäftslage innerhalb des nächsten halben Jahres wird überwiegend (von zwei Drittel der Unternehmen) als gleichbleibend bewertet. Die Auftragsbestände werden überwiegend als gut bezeichnet werden, wenn auch der Überhang an positiven Meldungen neuerlich geringer geworden ist. Da sich aber die Einschätzung der Produktionstätigkeit in den nächsten drei Monaten wieder deutlich belebt hat, scheint es gelungen zu sein, die wirtschaftliche Eintrübung durch ein Abarbeiten von bestehenden Aufträgen relativ unbeschadet zu überbrücken. Angesichts hoher Unsicherheiten der konjunkturellen Rahmenbedingungen ist trotz dieser relativ positiven Aussagen eine große Portion Vorsicht vor zu weitreichenden Interpretationen angesagt.

- 1 Das statistische Comeback hat bemerkenswerter Weise auch die österreichische Industrie bereits geschafft, die offenbar gegenüber der Konkurrenz relativ gestärkt aus der Krise hervorgegangen ist. Die entsprechenden Produktionszahlen finden sich im Folgeartikel über die Industriekonjunktur in Österreich.
- 2 An der jüngsten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung haben sich insgesamt 414 Unternehmen mit mehr als 270.700 Beschäftigten beteiligt.

Dr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des IWI und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.



Manfred Engelmann

## Industriekonjunktur: Abschwächung seit Mitte 2011 - Besserung nicht in Sicht

In den ersten neun Monaten des Jahres 2011 erwirtschaftete die österreichische Industrie einen **Produktionswert** von 106,0 Milliarden Euro (Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach der Kammersystematik, vorläufige Daten). Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein nominelles Wachstum von 15,4 Prozent.

Vergleicht man den von der Industrie von Anfang Jänner bis Ende September 2011 erzielten Produktionswert mit dem entsprechenden Vergleichswert des Jahres 2008, also vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, so konnte die Industrie diesen Einbruch nominell gerade wettmachen, real (inflationsbereinigt) fehlen dazu jedoch noch 4,3 Prozent bzw. 4,5 Milliarden Euro (2008/1-9: 104,7 Milliarden Euro; 2011/1-9 um HVPI bereinigt: 100,1 Milliarden Euro).

Im Verlauf des Jahres 2011 verlangsamte sich die Dynamik sowohl bei der abgesetzten Produktion als auch bei den bereinigten Auftragseingängen. Während im Startquartal das Produktionswachstum der Industrie gegenüber dem Vorjahr noch mehr als zwanzig Prozent auswies, reduzierte sich der Anstieg im zweiten und dritten Quartal 2011 auf 13,7 beziehungsweise 12,7 Prozent. Für vierte Quartal 2011 wird eine weitere Verminderung des Produktionswachstums prognostiziert.

Die **Branchenbetrachtung** zeigt, dass in den ersten neun Monaten 2011 gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum die Branchen Gas/Wärme, Mineral-

öl sowie Bergwerke/Stahl ihre Produktion nominell mehr als zwanzig Prozent steigern konnten und fünf Bereiche (Fahrzeuge, NE-Metall, Maschinen/Metallwaren, Gießereien und Chemie) ein Wachstum zwischen acht und zwanzig Prozent verzeichneten. Bei vier Fachverbänden stagnierte der Produktionswert. Die restlichen fünf Fachverbände wiesen im Berichtszeitraum ein geringes nominelles Plus auf.

Der **Produktionsindex** der österreichischen Industrie lag im Zeitraum Jänner bis September 2011 mit 117,2 (Basis 2005 = 100) um zehn Prozent über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres beziehungsweise in etwa auf dem Niveau des Dreivierteljahres 2008 (Index: 117,7).

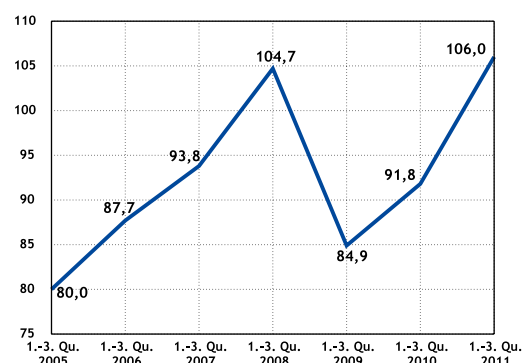
### Auftragseingänge

Die um die Storni bereinigten Industriauftragseingänge wiesen in den ersten drei Quartalen 2011 insgesamt 65,2 Milliarden Euro aus. Sie lagen damit um nominell 10,3 Prozent über dem Stand des Vorjahres, jedoch um mehr als eine Milliarde Euro unter dem Niveau des Dreivierteljahres 2008.

Während die **inländischen** Auftragseingänge im Dreivierteljahr 2011 um sechs Prozent auf 17,7 Milliarden Euro leicht anstiegen, erhöhten sich die **ausländischen** mit fast zwölf Prozent auf 47,5 Milliarden Euro wesentlich dynamischer.

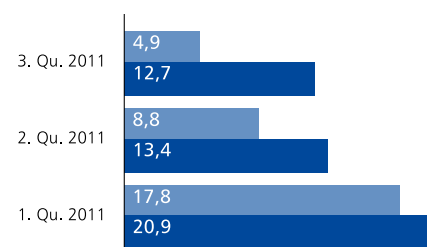
### Österreichs Industrie Produktionswert

1. - 3. Quartal Halbjahr, nominell in Milliarden Euro



### Österreichs Industrie Abgesetzte Produktion und Bereinigte Auftragseingänge 2011

Nominelle Veränderung zum Vorjahresquartal in %





## Industriebeschäftigte

Die Anzahl der Industriebeschäftigten ist im Dreivierteljahr 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,7 Prozent (somit um 7.000 Personen) auf 403.305 Arbeitnehmer angestiegen. Während sich die Anzahl der Arbeiter um 2,2 Prozent auf 230.025 erhöhte (ein Plus von rund 5.000), vergrößerte sich die Anzahl der Industrieangestellten um 1,5 Prozent (ein Plus von rund 2.000) auf 159.281.

Zählt man zum oben erwähnten Eigenpersonal der heimischen Industrie das Fremdpersonal hinzu, so wies der **Gesamtbeschäftigtenstand** im Durchschnitt des Dreivierteljahres 2011 428.455 Personen aus (+ 3,0 Prozent gegenüber 2010/1-9).

## Österreichs Exporte

In den ersten elf Monaten des Jahres 2011 erreichten die österreichischen **Warenlieferungen** (Quelle: Außenhandelsstatistik der Statistik Austria) ein weltweites Volumen von 112,8 Milliarden Euro. Sie lagen damit um nominell 12,7 Prozent über den Ergebnissen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die **Ein-fuhren** stiegen im selben Zeitraum um 16,1 Prozent auf 120,5 Milliarden Euro. Die Warenverkehrsbilanz wies ein Passivum von fast 7,7 Milliarden Euro aus.

Nach **Wirtschaftsblöcken** betrachtet legten die heimischen Exporte im Zeitraum Jänner bis November 2011 besonders nach Amerika (+ 21,0 Prozent auf 8,4 Milliarden Euro) und Asien (+ 16,6 Prozent auf 10,1 Milliarden Euro) zu. In den wichtigsten Exportmarkt - dem EU-Binnenmarkt, in den siebzig Prozent der Warenlieferungen gehen - stiegen die österreichischen Versendungen um 11,5 Prozent auf über 79,0 Milliarden Euro. In die EFTA wurde um 15,1 Prozent (insgesamt 6,4 Milliarden Euro), nach Rest-Europa um 11,4 Prozent (insgesamt 6,7 Milliarden Euro) mehr Waren geliefert als im Vorjahr.

In die Bundesrepublik Deutschland, in die nahezu ein Drittel aller Exporte gehen, stiegen die Lieferungen um 11,3 Prozent auf 35,4 Milliarden Euro sowie nach Italien um 9,4 Prozent auf 8,6 Milliarden Euro. Nach Übersee konnten beispielsweise österreichische Waren im Wert von 5,8 Milliarden Euro in die USA (+ 29,9 Prozent), im Wert von 2,7 Milliarden Euro nach China (+ 5,0 Prozent) und um 1,2 Milliarden Euro nach Japan (+ 29,0 Prozent) verkauft werden.

## Konjunktüreinschätzungen der Industriefachverbände über das erste Quartal 2012

Die von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktüreinschätzungen der Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ ergaben für das Startquartal 2012 eine mehr oder weniger gleichbleibende Entwicklung der Industriekonjunktur.

Bei der **Produktion** zeigt der Saldo der erfassten 15 Fachverbandseinschätzungen „steigend“ minus „fallend“ „+ 1“, wobei zwei Drittel eine gleichbleibende Entwicklung, die beiden Fachverbände Papier sowie Stein/Keramik einen geringen Rückgang sowie drei Branchen (Holz, Maschinen/Metallwaren und Textil/Bekleidung/Schuh/Leder) einen leichten Anstieg erwarten.

Die Einschätzung der **Auftragseingänge** für das erste Quartal 2012 lautet in vier Fünftel der Branchen auf „gleichbleibend“. Zwei Fachverbände - Stein/Keramik und Papier - erwarten einen Rückgang. Der Saldo betrug somit „- 2“.

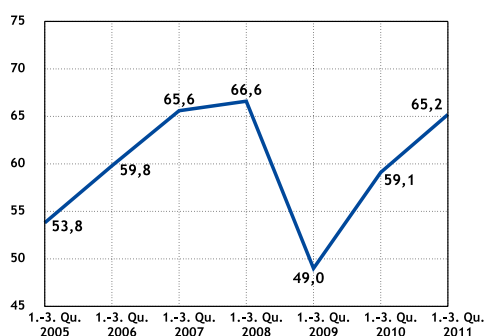
Der Saldo der **Beschäftigten** zeigt mit „+ 2“ nach wie vor ins Positive. Während über siebzig Prozent der Branchen eine gleichbleibende Beschäftigtenentwicklung erwarten, rechnen drei Fachverbände - NE-Metall, Bergwerke/Stahl sowie Maschinen/Metallwaren - mit einem Beschäftigtenanstieg und ein Fachverband - Glas - mit einem Beschäftigtenrückgang.

**Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.**

## Österreichs Industrie

### Auftragseingänge bereinigt

1. - 3. Quartal Halbjahr, nominell in Milliarden EUR

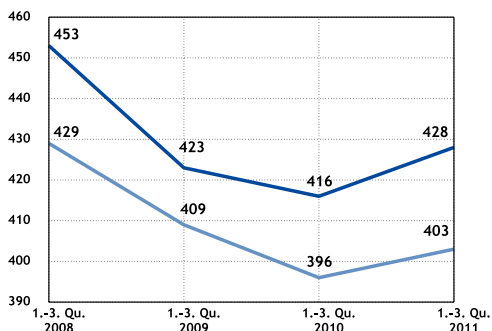


## Österreichs Industrie

### Beschäftigte

### Eigenpersonal und Gesamtpersonal

in 1.000



## Branchenübersicht

3. Quartal 2011	Abgesetzte Produktion			Beschäftigte			Auftrags- lage
	VQ	VJQ	E HJ	VQ	VJQ	E HJ	E HJ
Bergwerke und Eisen erzeugende Industrie	-8,7	15,5	→	1,5	1,6	↗	→
Stein- und keramische Industrie	-3,1	-2,8	↘	0,4	-0,8	→	↘
Glasindustrie	0,2	-4,4	→	2,0	2,8	↘	→
Chemische Industrie	-2,2	7,3	→	2,4	2,9	→	→
Papierindustrie	-2,1	-0,1	↘	3,2	-0,6	→	↘
Papierverarbeitende Industrie	0,1	6,1	→	0,7	0,9	→	→
Bauindustrie	9,6	8,5	→	2,7	-0,5	→	→
Holzindustrie	3,0	4,8	↗	2,6	2,4	→	→
Lebensmittelindustrie	1,7	9,9	→	3,2	1,6	→	→
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	5,9	-0,7	↗	0,5	-0,7	→	→
Gießereindustrie	-0,1	6,4	→	2,2	1,9	→	→
NE-Metallindustrie	-8,4	7,8	→	4,9	14,0	↗	→
Fahrzeugindustrie	-9,7	12,7	→	1,8	4,0	→	→
Maschinen- und Metallwaren Industrie	8,9	21,1	↗	1,8	3,1	↑	→
Elektro- und Elektronikindustrie	8,9	1,3	→	3,0	-0,4	→	→
Industrie gesamt	2,0	12,7	→	2,1	1,9	→	→

**Quelle:** Statistik Austria, Konjunkturstatistiken; Sonderauswertung nach Fachverbänden

**Abgesetzte Produktion:** Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

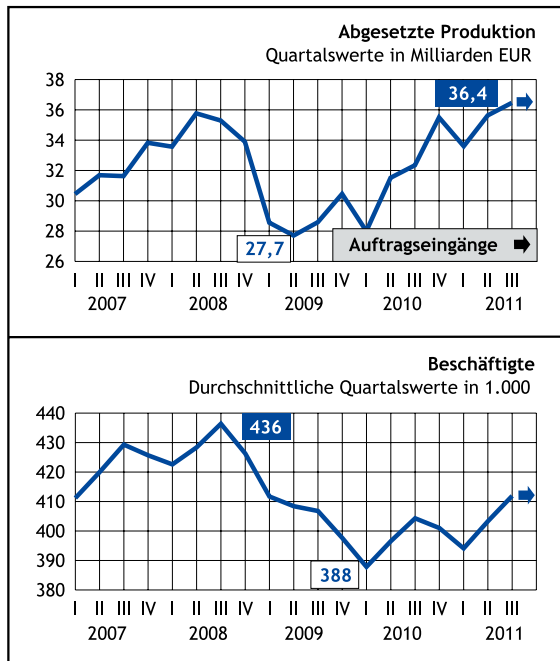
**Beschäftigte:** Unselbstständig Beschäftigte

VJQ: Prozentuelle Veränderung zum Vorjahresquartalswert

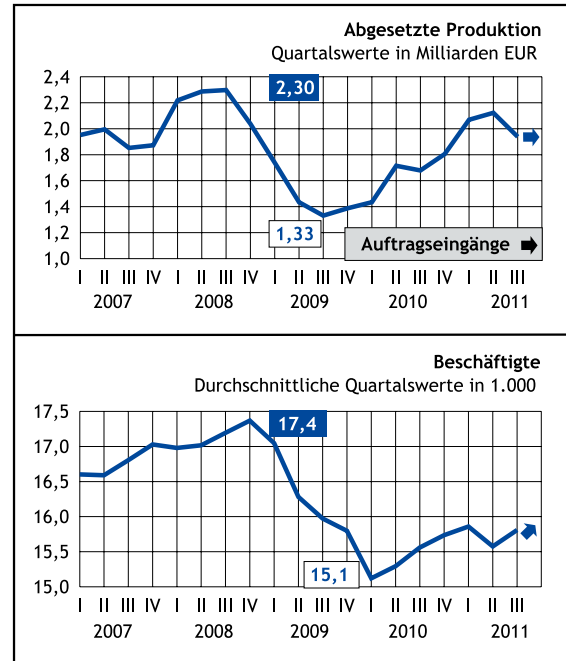
VQ: Prozentuelle Veränderung zum Vorquartalswert

E HJ: Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes.

## Gesamtindustrie



## Bergwerke und Eisen erzeugende Industrie



Ab Jahresmitte 2011 hat sich die konjunkturelle Erholung der österreichischen Industrie deutlich verlangsamt. Im ersten Quartal 2012 erwarten die Unternehmen hinsichtlich **Produktion** und **Auftragseingängen** im Wesentlichen eine Seitwärtsbewegung.

Zuletzt wieder ansteigende Energie- und Rohstoffpreise verschärfen die **Preis-Kosten-Schere** für die Unternehmen weiter. Angesichts eines diffusen Konjunkturbildes und hoher Kostenbelastungen herrscht weiterhin eine ausgeprägte Zurückhaltung bei **Investitionen** vor.

Der österreichische **Bergbau** erlangt im Zuge der Diskussionen um die Rohstoffversorgung zunehmende Bedeutung. Da wichtige Bereiche, wie der Eisenerzabbau und der Magnesitbergbau, von der Entwicklung der nachgelagerten heimischen Stahlindustrie direkt betroffen sind, wirken sich konjunkturelle Schwankungen unmittelbar auf diese aus. Der österreichische Bergbau wird im ersten Quartal 2012 das Niveau des Vorjahresquartals erreichen, da sich die Nachfrage insgesamt auf stabilem Niveau bewegt. Die steigenden Energiekosten (Bergbaudiesel) belasten und beeinträchtigen die Ergebnissituation. Derzeit werden Investitionen in strukturverbessernde Maßnahmen getätigt. Die Zahl der Beschäftigten ist unverändert.

Die österreichische **Stahlindustrie** wird das erste Quartal 2012 ausgeglichen abschließen. Nach einem leichten Rückgang gegen Ende des Vorjahres ist eine Belebung beim Auftragseingang festzustellen. Dadurch wird die Rohstahlerzeugung das Ausmaß des Vorjahresquartals erreichen. Bei Qualitätsstahl profitiert man von der anhaltenden Nachfrage aus der Automobilindustrie, während andere Bereiche, wie z.B. die Bauindustrie oder die Weißwaren, stagnieren. Auch Edelstahl entwickelt sich positiv, insbesondere durch die Nachfrage aus der Fahrzeugindustrie und der Luftfahrtindustrie. Hohe Energiekosten belasten die Branche. Die Investitionen beschränken sich auf Optimierung von Technologien und Entwicklung neuer Werkstoffe. Die Beschäftigtenzahlen steigen. Zusätzlich wird auch wieder Fremdpersonal eingesetzt.

### Erläuterung

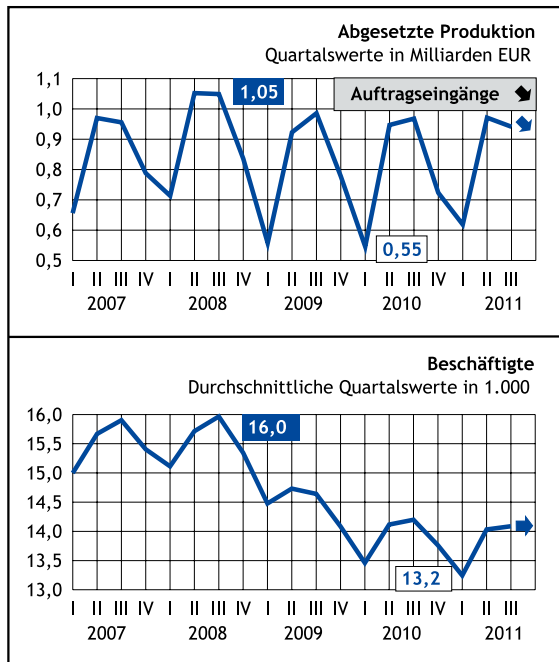
**Abgesetzte Produktion:** Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

**Beschäftigte:** Unselbstständig Beschäftigte (ohne Fremdpersonal)

**Quelle:** Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach Fachverbänden im Auftrag der WKÖ

Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes.

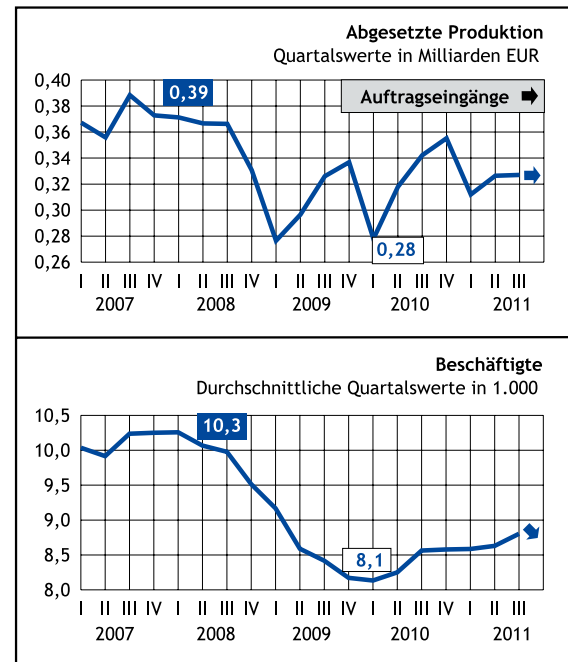
## Stein- und keramische Industrie



Die **Auftragslage** in der Stein- und keramischen Industrie war im Jänner 2012 witterungsbedingt schlechter als im Vorjahr; im Februar kam es aufgrund der Witterung de facto zu einem Baustillstand, verbunden mit massiven Einbrüchen bei den Absatzzahlen; auch für März 2012 wird eine Auslastung unter Vorjahresniveau erwartet. Der **Produktionsrückstand** aus dem ersten Quartal 2012 wird über das Gesamtjahr aufzuholen sein, die Stimmung für das Gesamtjahr ist verhalten positiv. Die **exportorientierten** Branchen des Fachverbands sind gut ausgelastet, allerdings sind die Exporte von Hochbauprodukten witterungsbedingt eingeschränkt. Die **Beschäftigtenzahlen** sind im Wesentlichen stabil.

Das **Investitionsklima** ist durch Wirtschaftskrise und Kürzungen beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Folge des Sparpakets beeinträchtigt. Die vom Sparpaket vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 920 Millionen Euro in den Jahren 2012 bis 2016 werden zu drei Viertel bei den Großprojekten Brenner-Basistunnel, Koralmbahn und Semmering-Basistunnel realisiert, nur rund ein Viertel des Sparvolumens kommt aus Verschiebungen und Redimensionierungen anderer Projekte. Einsparungen bei diesen wichtigen Verkehrsachsen fehlen nicht nur als antizyklische Konjunkturmaßnahmen, sie schwächen auch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich. Unter dem Titel „Redimensionierung von Bauprojekten“ (Diktio Sparpaket) werden langfristige Zukunftsinvestitionen für unser Land mittelfristigen Sparzielen geopfert.

## Glasindustrie

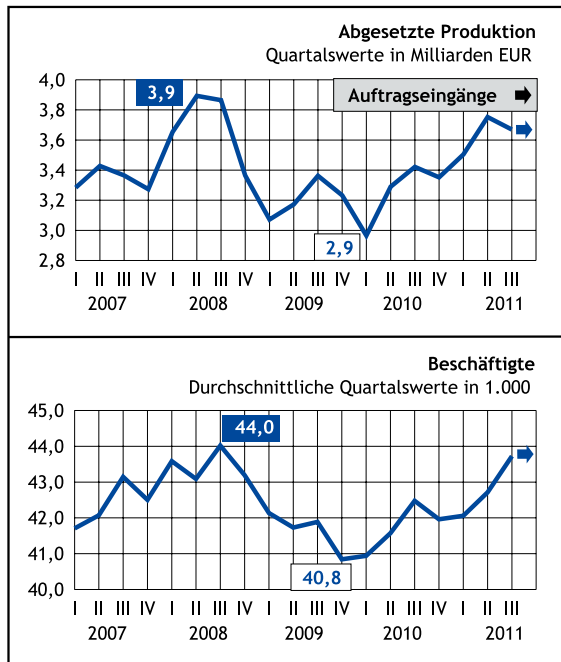


Die **Auftragslage** in der glasbe- und -verarbeitenden Industrie ist mit der des Vorjahresquartals vergleichbar: Nach wie vor ist von einem Aufschwung nichts zu bemerken und die Entwicklung kann bestenfalls als stabil bezeichnet werden. Geholfen haben der bis Ende Jänner milde Winter als auch die Förderung zur thermischen Sanierung. Im Fassadenbau hat sich dagegen die Lage weiter verschlechtert, da man vom Konjunktursog der **Bauindustrie** direkt betroffen ist. Zudem wurden aufgrund des schönen Herbstwetters einige für 2012 geplante Bau- und Sanierungsmaßnahmen vorgezogen und könnten nun zu einem verstärkten Abschwung im ersten Quartal 2012 führen.

Die Bereiche des **gedeckten Tisches** und der **Schmuckindustrie** entwickeln sich unter den Erwartungen und unter dem Niveau des Vorjahres. Vor allem die Finanzkrise und die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten wirken sich auf das Kaufverhalten der Konsumenten negativ aus. Ebenso reagieren Händler vorsichtig und verkaufen vorerst ihre Lager ab, bevor es zu Neubestellungen kommt. Die Branche versucht mit Marketingstrategien und Zusatzleistungen zu punkten. Dies wirkt sich jedoch nachteilig auf die Preisgestaltung aus und es ist zu befürchten, dass in einigen Bereichen noch in diesem Frühjahr der Personalstand reduziert werden muss.

In der **Behälterglasindustrie** hat sich die Lage auf einem relativ konstanten Niveau eingependelt. Allerdings versucht man auch hier durch höhere Kapazitäten die Margenverluste wettzumachen.

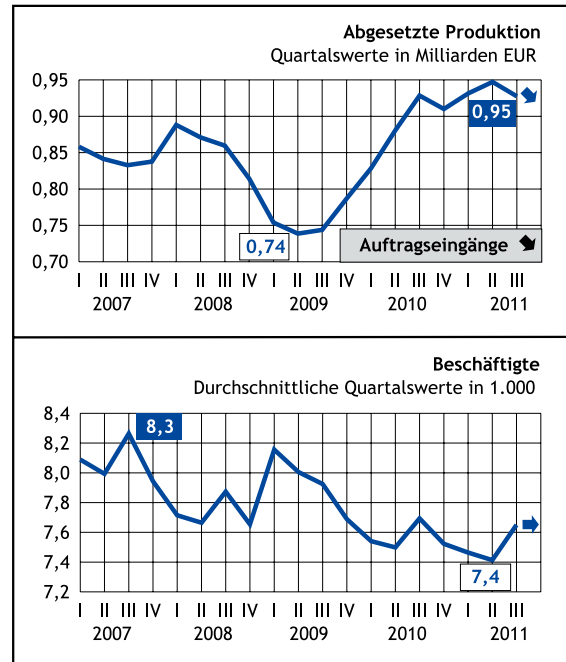
## Chemische Industrie



Das Jahr 2011 ist für die Chemie zufriedenstellend verlaufen. Einem dynamischen ersten Halbjahr folgte ein zweites Semester mit zwar etwas schwächerem, aber doch zufriedenstellendem Wachstum. Insgesamt ergibt dies ein deutliches **Umsatzplus** für das abgelaufene Jahr. In den Zahlen finden sich aber Preissteigerungen für Vormaterialien wieder, die die Industrie zwingen ihre Produktpreise anzuheben. Die Teilsparten profitierten in unterschiedlichem Ausmaße vom Konjunkturaufschwung. Anorganische Chemikalien, Fasern, Kautschukwaren, Kunststoffe und Kunststoffwaren verzeichneten die deutlichsten Zuwächse. Das Branchenschwergewicht Pharma lief dagegen nicht so gut. Zugelegt hat der **Außenhandel** mit Chemiewaren. Die Branche profitiert von der engen Verflechtung mit der Konjunkturlokomotive Deutschland, in die rund ein Viertel der Exporte gehen. Auch der Heimmarkt entwickelte sich robust und war damit eine zusätzliche Stütze der Konjunktur. Die **Investitionen** wurden im Vorjahr nur leicht ausgeweitet. Für 2012 sind wieder kräftigere Zuwächse geplant. Die gute Chemiekonjunktur wirkte sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die Unternehmen stellten zusätzliches **Personal** ein, der Mitarbeiterstand stieg um rund drei Prozent.

Grundsätzlich sieht die Chemie das Jahr 2012 positiv, wenn auch nicht mehr in so hellem Licht wie das abgelaufene Jahr. Sie rechnet mit einem geringfügigem Umsatzplus. Allerdings ist die allgemeine Wirtschaftsentwicklung derzeit von einer Reihe von Unwägbarkeiten geprägt, nicht zuletzt durch die Unsicherheit auf den Finanzmärkten. Sollten diese schlagend werden, ergibt sich rasch ein anderes Bild.

## Papierindustrie



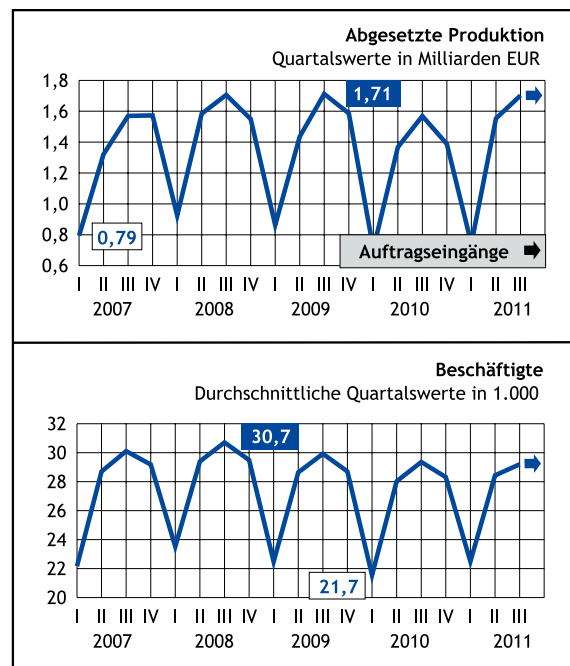
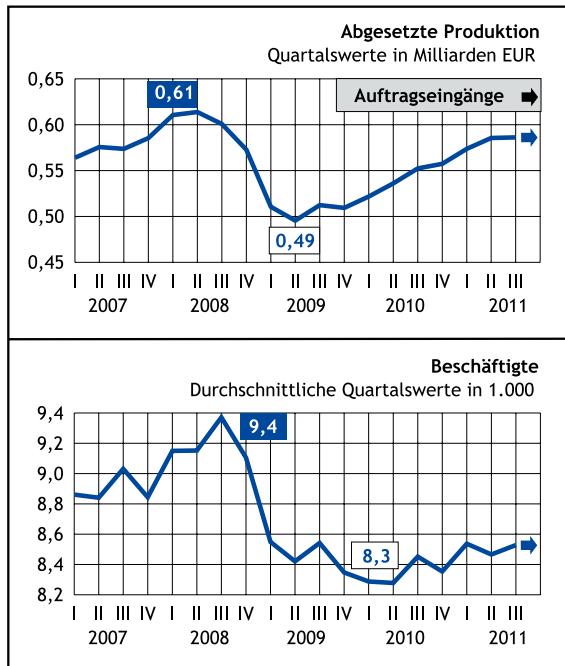
Der kräftige Aufschwung nach der Krise 2009 ist vorbei. **Produktion** und **Absatz** entwickeln sich seit einem Jahr leicht rückläufig. Das betrifft im ersten Quartal die Papierproduktion, aber auch die Zellstoffherstellung, die sich im Jahr 2011 noch etwas besser entwickelt hatte.

Die **Preise** befinden sich seit einem Jahr auf einem etwas höheren Niveau, doch gleichzeitig geht die Hausse bei den Rohstoffkosten weiter; zu verzeichnen waren Preissteigerungen beispielsweise bei den für die Branche wichtigen Gruppen Holz, Altpapier und Energie.

Notwendige Effizienzsteigerungen haben zu einem weiteren Sinken der **Beschäftigten**zahlen um rund 200 Personen geführt. **Investitionen** in Kapazitätserweiterungen finden derzeit nicht statt, wohl aber im Bereich der Eigenenergie-Erzeugung statt. Schweighofer, der neue Eigentümer des Zellstoff-Standortes Hallein, plant für 2012 eine Sortenumstellung und einen Ausbau des Werkes.

Kürzlich hat die europäische Papierindustrie (CEPI) eine neue „Roadmap 2050“ präsentiert, die den Weg zu einer fast CO<sub>2</sub>-freien Zukunft weisen soll. Derzeit entstehen erste Ideen, wie dieses Ziel auf Österreich heruntergebrochen werden könnte.

## Papierverarbeitende Industrie Bauindustrie



Die **Auftragslage** in der Papierverarbeitenden Industrie ist nach wie vor volatil, für das erste Quartal 2012 wird mit einem leichten Plus von 1,3 Prozent gerechnet. Hinsichtlich der **Produktion** wird im ersten Quartal 2012 mit einem wertmäßigen Rückgang um 0,4 Prozent und einem mengenmäßigen Rückgang um 0,3 Prozent gerechnet; im Verpackungssektor verläuft die Entwicklung eine Spur besser. Angesichts eines verschärften internationalen Wettbewerbs sind auch leichte Rückgänge im Export zu erwarten.

Die **Preise** haben sich in Summe seit dem Jahr 2008 nicht wirklich erholt. Eine nennenswerte Verbesserung wird durch den aggressiver werdenden Wettbewerb erschwert. **Kosten**seitig müssen die Unternehmen insbesondere die Ergebnisse der aktuellen Lohnrunde sowie weitere Preissteigerungen beim Rohstoff verkraften.

Das **Investitionsklima** ist von Vorsicht geprägt und spiegelt die verhaltenen Wirtschaftsprognosen und Erwartungen der Unternehmen. Die Unternehmen konzentrieren sich aktuell insbesondere auf drei Themen: Die Reduktion von Fixkosten, die Optimierung des Personaleinsatzes und das Halten der Produktionsvolumina.

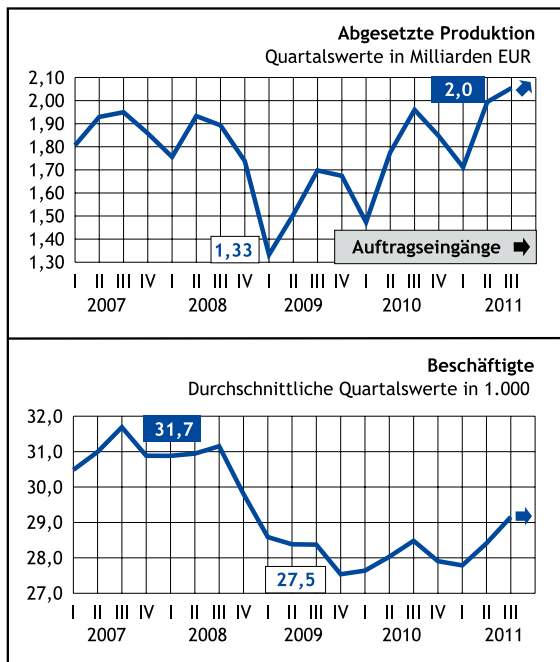
Laut aktuellen Prognosen stagniert die Bauwirtschaft - insgesamt gesehen - im Jahr 2012.

Niedrige Baubewilligungszahlen weisen darauf hin, dass sich der **Wohnbau** nur langsam wieder positiv entwickelt. Aufgrund der starken Abhängigkeit von der Gesamtwirtschaft sind die Aussichten für den **Industrie- und Gewerbebau** ebenfalls durchwachsen. In diesem Zusammenhang gibt es auch vermehrt Probleme mit der Projektfinanzierung durch Banken. Die Auftragsituation im **Tiefbau** ist fortgesetzt rückläufig. Budgetbedingt problematisch ist die Auftragsituation in Ländern und Gemeinden (beispielsweise in den Bereichen Straßenbau und Siedlungswasserbau). Durch den Spardruck sind ebenso rückläufige Auftragsvolumina im Eisenbahnbau zu erwarten. Lediglich für die Wasser- und Energiewirtschaft werden mittelfristig langsam positive Aussichten erwartet.

Die Zahl der **Beschäftigten** im Hoch- und Tiefbau (Baugewerbe und Industrie) ist zu Jahresbeginn weitgehend saisonüblich stabil. Im Vergleich mit dem Vorjahr sind die Arbeitslosenzahlen im Hoch- und Tiefbau wieder geringfügig gesunken.

Anfang 2012 stiegen die Beschaffungs**kosten** für einige preisrelevante Baustoffe (Baustahl, Kupfer, Erdölprodukte) gegenüber dem Vorjahr signifikant an.

## Holzindustrie



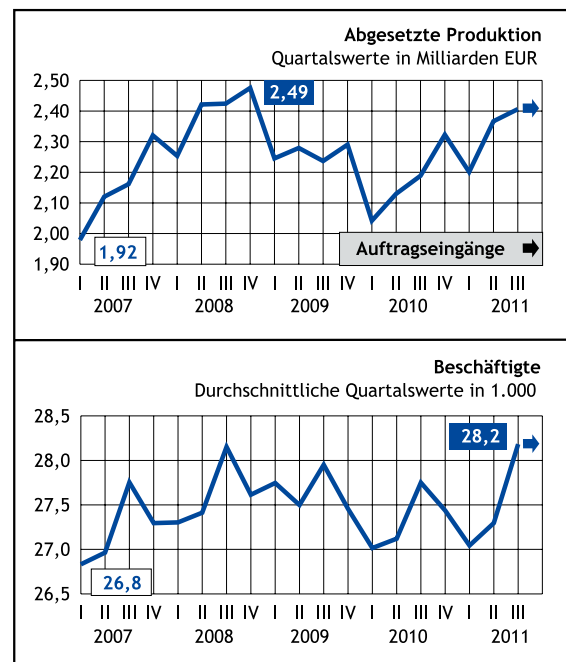
Die **Auftragslage** in der österreichischen Holzindustrie stellt sich in den verschiedenen Branchen unterschiedlich dar, ist aber insgesamt besser als die Stimmung. Während der Bereich Ski und Teile des Baubereichs negativ abschneiden, dürften Wohnmöbel, Werkstoffe und Säge zufriedenstellende Eingänge aufweisen. Die Erwartungen an die **Produktion**sentwicklung sind - ausgenommen die Überhänge aus dem Vorquartal - gedämpft.

Der Inlandsmarkt ist nach wie vor eine Stütze der Konjunktur. Hingegen sind im vergangenen Jahr wichtige Exportmärkte der österreichischen Holzindustrie weg gebrochen. Teilweise konnten die Einbußen durch Mehrlieferungen an traditionelle Exportmärkte aufgefangen werden.

Zahlungsziele und Ertragslage lassen zu wünschen über. Preissteigerungen wären dringend notwendig, lassen sich derzeit jedoch kaum unterbringen. Auch die hohen **Rohstoffpreise** tragen zu der geringen Ertragslage bei.

Größere **Investitionen** sind derzeit nicht in Sicht. Der Fachverband geht derzeit noch von stabilen **Beschäftigten**zahlen aus. Das geschäftspolitische Hauptaugenmerk der Holzindustrie muss nach wie vor auf eine ausreichende Rohstoffversorgung zu vertretbaren Preisen gelegt werden.

## Lebensmittelindustrie

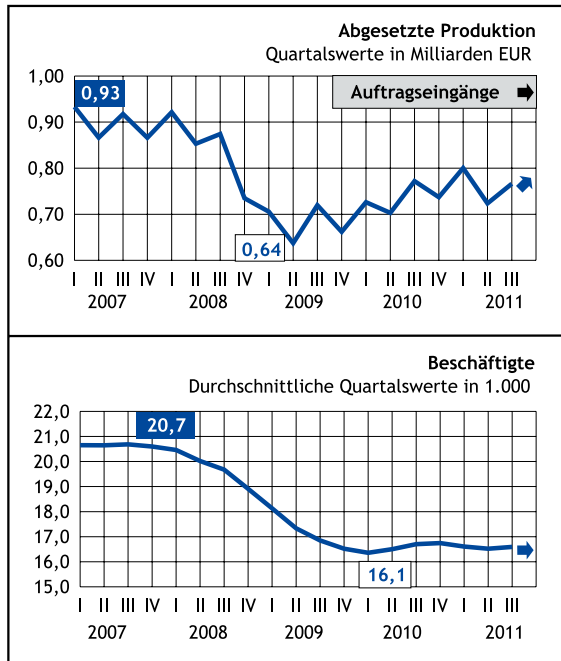


Der **Umsatz** der österreichischen Lebensmittelindustrie (abgesetzte Produktion) wird für das Jahr 2011 auf 7,75 Milliarden Euro geschätzt, ein Plus von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hohe Rohwarenpreise und Steigerungen im Export sind für diese Entwicklung hauptverantwortlich. Für 2012 ist mit schwierigen Rahmenbedingungen am Inlands- und Exportmarkt zu rechnen. Aufgrund der sich vertiefenden Krise, insbesondere auch der Maßnahmen zur Eindämmung der Schuldenkrise, wird die Kaufzurückhaltung der Konsumenten spürbar bleiben. Der wichtige Wirtschaftsfaktor Tourismus in Österreich wird 2012 bestenfalls stagnieren. Im Lebensmitteleinzelhandel hält der Konzentrationsprozess an, der Eigenmarkenboom verstärkt sich weiter und ein Ende von Aktionen mit aggressiven Preiswerbungen ist nicht abzusehen.

Notwendige **Preis**anpassungen sind - wenn überhaupt - nur zeitlich versetzt und größtenteils nicht im notwendigen Ausmaß möglich. Eine Entspannung bei den hohen Rohstoff- und **Energiekosten** ist auch im Jahr 2012 nicht absehbar, die Lebensmittelerzeuger werden weiterhin unter hohen Rohstoff-, Energie- und Transportkosten sowie steigenden Ausgaben für Verpackungen leiden.

Die **Exporte** werden durch Handelskonzentrationen, den Preiskampf, die Nachfrageschwäche durch Sparpakete sowie Fett- und Chips-Steuern erschwert. Die Zuwachsraten im Export werden 2012 nachgeben, mit einem Exportwachstum von unter zehn Prozent steht der Lebensmittelindustrie ein schwaches Jahr 2012 bevor.

## Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

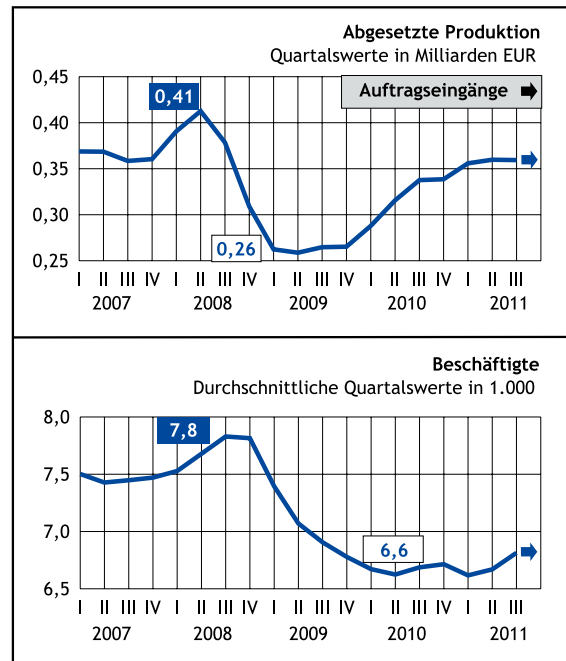


In der **Textilindustrie** haben sich Produktion und Exporte gut entwickelt. Auch die Beschäftigtenzahl ist zumindest stabil geblieben. Ende des Jahres hat die Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2012 allerdings zugenommen. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen waren aber noch keine großen Auswirkungen auf die Kapazitätsauslastung festzustellen.

Für die **Bekleidungsindustrie** könnten die realen Umsatzeinbußen des letzten Quartals im Bekleidungsfachhandel eine gewisse Zurückhaltung des Handels in der laufenden Ordersaison für Herbst/Winter 2012/2013 zur Folge haben. Die Kapazitätsauslastung war bei 92 Prozent der befragten Unternehmen gut beziehungsweise ausreichend. Als Folge des starken Preiskampfes zeigen die Umsatzziffern leicht stagnierende Tendenzen.

Die Auftragslage der **Schuh- und Lederwarenindustrie** ist aufgrund zurückhaltender Bestellungen des Fachhandels infolge des milden Winterwetters fallend. Preis- und Kostenentwicklung sind nach Stabilisierung der Rohstoffpreise gleichbleibend. Investitionen finden aufgrund der durch Medien und Politik in Österreich verunsicherten Situation vorwiegend im Ausland statt. Sowohl Produktion, Auftragslage als auch Beschäftigtenstand der **Leder erzeugenden Industrie** weisen eine Steigerung von rund zehn Prozent gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum auf. Die Preisentwicklung wird als leicht steigend beschrieben, die Kostensituation bleibt weiterhin angespannt. Das Investitionsklima ist gedämpft und wird durch die angespannte Wirtschaftslage zunehmend beeinträchtigt.

## Gießereiindustrie



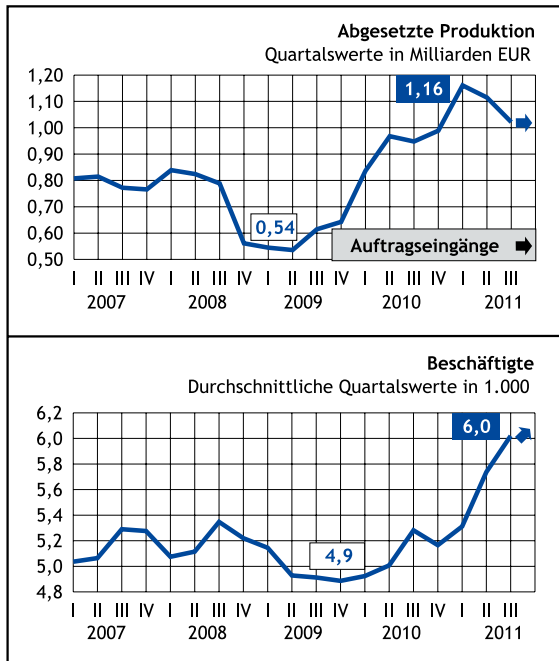
Das erste Quartal 2012 spiegelt eine sehr differenzierte Situation in der Gießereiindustrie wider. Einerseits haben mehrere Unternehmen Kurzarbeit angemeldet, aber andererseits sind Lieferanten in Premiumsegmente der Automobilindustrie gut ausgelastet. Die Kurzarbeit erstreckt sich sowohl auf den Automobilbereich als auch auf den Maschinenbaubereich. Die Differenzierung hängt sehr stark von der individuellen Kundenstruktur ab. Grundsätzlich ist die Branche gut ausgelastet. Einige Unternehmen können sich dem Vorkrisenniveau nähern. In anderen Bereichen ist es jedoch zu deutlichen Rückgängen gekommen.

Die **Beschäftigtenzahlen** sind derzeit in etwa gleichbleibend. Die **Kostensituation** der Gießereiindustrie ist sehr angespannt. Die hohen Kollektivvertragsabschlüsse der Herbstlohnrunde müssen erst verdaut werden, gewisse Anpassungen beim Personalstand sind daher zu erwarten.

Der **Auftragseingang** ist noch gut, wobei die Kurzfristigkeit der Auftragsorder und die mangelnde Berechenbarkeit zukünftiger Absatzentwicklungen den Unternehmen Sorge bereitet und eine Jahresprognose unmöglich macht. Der grundsätzliche Ausblick für heuer ist aber noch positiv.



## NE-Metallindustrie

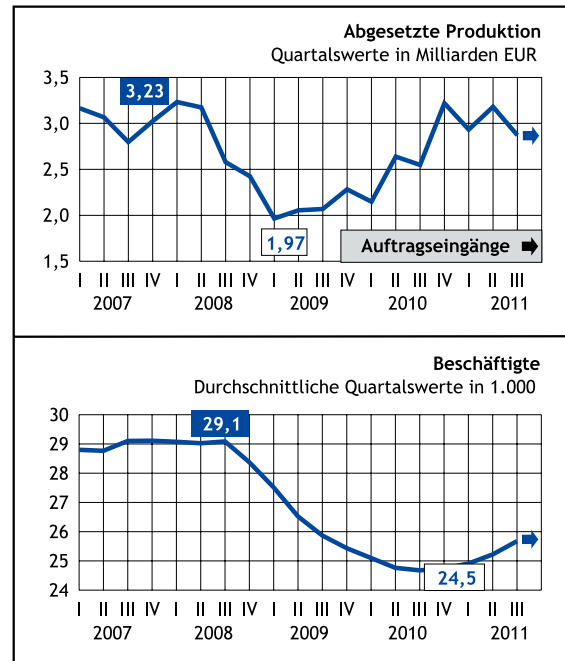


Im ersten Quartal 2012 erwartet die österreichische NE-Metallindustrie mit ihrer heterogenen Struktur unterschiedliche Ergebnisse. Einerseits setzt sich in einigen Bereichen der Konjunkturabschwung des zweiten Halbjahres 2011 weiter fort, während andere Sektoren bereits auf Grund verstärkter Nachfrage eine positive Entwicklung erwarten. International sind - nachdem die Weltmarktnotierungen an der London Metal Exchange (LME) im Vorjahr kontinuierlich gefallen sind - starke Turbulenzen zu beobachten. Insbesondere bei Kupfer ist die rasante Aufwärtsentwicklung seit Jahresbeginn rein auf Spekulation zurückzuführen und steht in keinem Zusammenhang mit der tatsächlichen Nachfrage.

Bei der österreichischen **Kupfer**industrie erreichten Nachfrage und Produktion von Kupferformaten aus Kupferkathoden etwa das Niveau des Vorjahresquartals. Kupferhalbfabrikate zeigten ähnliche Tendenzen, wobei aber insbesondere Kupferrohre auf Grund der fehlenden Aufträge aus der Bauindustrie ein negatives Ergebnis erwarten lassen. Die österreichische **Aluminium**industrie weist bei Walzprodukten Rückgänge, bei Extrudererzeugnissen jedoch leichte Zuwachsraten aus. Auch bei **Wolfram**erzeugnissen zeichnen sich leicht rückläufige Tendenzen ab, wobei 2011 mit einem sehr guten Ergebnis abgeschlossen werden konnte.

Die **Investitionen** beschränken sich auf Grund der angespannten Situation auf den Finanzmärkten und der gedämpften Konjunktur auf das Notwendigste. Die Zahl der **Beschäftigten** steigt im Berichtsquartal.

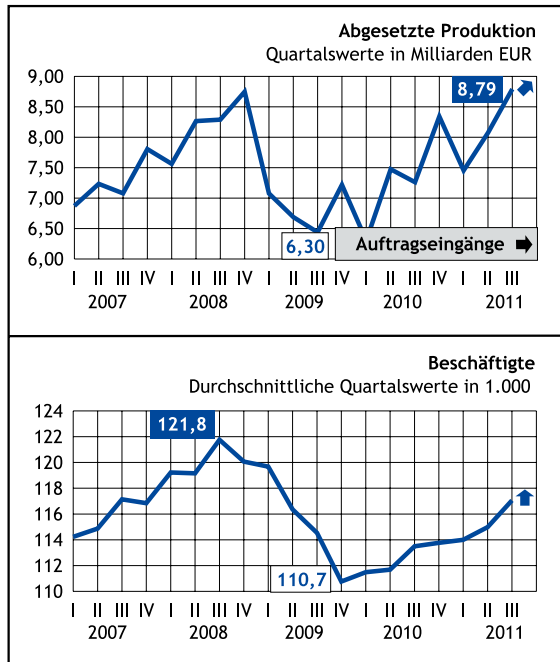
## Fahrzeugindustrie



Das **Produktionsvolumen** in der österreichischen Fahrzeugindustrie befindet sich für die Mehrheit der Unternehmen erstmalig wieder geringfügig über den Vorkrisenwerten des Jahres 2007. Ein überdurchschnittlich hoher Zuwachs wird für das Jahr 2011 aus der Motoren und Getriebeproduktion gemeldet, wobei hier jedoch für heuer wieder leichte Rückgänge erwartet werden. In Summe konnte 2011 in der Fahrzeugindustrie ein zweistelliger Zuwachs beim Produktionsvolumen (laut vorläufiger Schätzung plus 16 Prozent) erwirtschaftet werden. Die **Auftragslage** ist mehrheitlich (noch) gut, der Trend bei den Auftragsengängen zeigt jedoch eine Abflachung bei den Zuwächsen. Aufgrund dessen dürften sich die Zuwächse beim Produktionsvolumen im ersten Quartal 2012 bei rund sieben Prozent einpendeln.

Die **Kosten** für Vormaterialien sind gegenüber den zu erzielenden **Produktpreisen** mehr als doppelt so stark gestiegen. Hohe Energiekosten und gestiegene Personalkosten (KV-Abschluss 2011) verschärfen die angespannte Kostensituation. Die Unternehmen sind weiterhin bemüht die höheren Aufwendungen durch Steigerung der Produktivität zu kompensieren. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, werden daher **Investitionen** - in Kapazitätserweiterungen aber auch für Effizienzsteigerungen - durchgeführt. Aktuell sind bei den Investitionen Steigerungen um rund fünf Prozent erkennbar. Korrelierend mit der Produktionsentwicklung ist bei den **Beschäftigten** ein moderater Zuwachs erkennbar, wobei vielfach noch immer über einen Fachkräftemangel geklagt wird.

## Maschinen- und Metallwaren Industrie

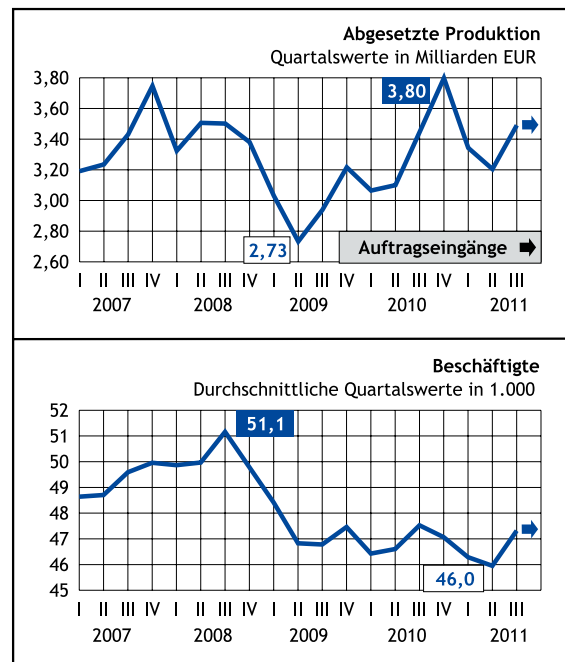


Die Unternehmen der Maschinen- und Metallwarenindustrie melden für den Jahresanfang 2012 eine steigende **Produktion** und auch leicht positive Wachstumsaussichten. Dies ist umso erfreulicher, als sich gegen Jahresende ein Abschwung abgezeichnet hat, der aber bislang in der Maschinen- und Metallwarenindustrie nur in sehr geringem Umfang eingetreten ist. Die **Auftragslage** liegt auf durchschnittlichem Niveau, die Tendenz ist momentan nicht steigend. Daraus folgt, dass unmittelbar kein starker Aufschwung zu erwarten ist. Die Kapazitätsauslastung wird als sinkend angegeben. Das ist auf der einen Seite ein Zeichen für eine geringere Nachfrage, auf der anderen Seite hängt dies aber auch mit Kapazitätsausweitungen in den letzten Monaten und Quartalen zusammen.

Die Metallpreise haben in den letzten Monaten einen Abwärtstrend gezeigt. Dieser Trend ist aber momentan gestoppt, es ist daher mit keiner Entspannung auf der **Kostenseite** zu rechnen.

Erfreulich ist die Entwicklung bei den **Beschäftigten**: Im Jahresverlauf kam es zu einer starken Ausweitung des Beschäftigtenstandes, die Unternehmen rechnen auch weiterhin damit den Beschäftigtenstand in den nächsten Monaten aufzustocken.

## Elektro- und Elektronikindustrie



Die weltweite Konjunktur hat sich zwar etwas abgeschwächt, die Entwicklung der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie war aber weiterhin stabil und positiv. Die **Produktion** ist im ersten Quartal 2012 weiter wachsend, hat aber wegen des starken Produktionszuwachs im ersten Quartal 2011 im Jahresvergleich kaum zugenommen. Nahezu alle Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie konnten im ersten Quartal 2012 geringe Produktionsausweitungen verzeichnen.

Die **Auftragslage** ist gut und in manchen Sparten noch steigend. Kaum verbessert hat sich die Situation am Inlandsmarkt, die Nachfrage ist verhalten und liegt unter den Erwartungen. Die gute Konjunktorentwicklung war hauptsächlich **export**getrieben, wachsende Märkte und gesteigerte Nachfrage führten zu einem Wachstum der Exporte von Elektrotechnik- und Elektronikprodukten.

Die Kapazitätsauslastung in den Firmen ist hoch, das Volumen des von den Firmen der Elektro- und Elektronikindustrie eingesetzten Fremdpersonals liegt über dem Vorkrisenniveau. Auch die Zahl der in der Elektro- und Elektronikindustrie **Beschäftigten** ist gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen.

Die Entwicklung der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie im ersten Halbjahr 2012 wird insgesamt positiv eingeschätzt. Die sich weltweit abschwächende Konjunkturlage und die Rücknahme von Investitionsprogrammen werden sich aber im zweiten Quartal 2012 negativ auswirken.

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900 DW 3417

Telefax: 05 90 900 DW 273

Internet: <http://wko.at/industrie>

E-Mail: [bsi@wko.at](mailto:bsi@wko.at)

**Dr. Manfred Engelmann**

(DW 3422)

Spartengeschäftsführung, Strategieentwicklung, Koordination der Interessenvertretung Industrie, Industriepolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Grundsätzliche Fragen der Arbeitgeber- und Kollektivvertragspolitik  
Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen  
Betreuung: KV-Gemeinschaft Eisen/Metall



**Mag. Andreas Mörk**

(DW 3436)

Arbeitgeberpolitik, Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen, Kollektivvertragspolitik, Arbeitsrecht der Industrie, Arbeitsverfassung, Arbeitsvertrags-, Arbeitszeit- und Urlaubsrecht

KV-Betreuung: Chemie, Glas, Papier, FEEL, KV-Gemeinschaft Eisen/Metall



**Dr. Christoph Kainz**

(DW 3415)

Arbeitsmarkt, Behindertenrecht, ArbeitnehmerInnenschutz, Gleichbehandlung, Ausländerrecht, KV-Betreuung: Bekleidung, Leder



**Mag. Harald Stelzer**

(DW 3443)

Arbeitsrecht der Industrie, Sozialversicherung, KV-Betreuung: Bau, Holz, Stein/Keramik, Mineralöl, Film, Textil



**Dr. Reinhard Drössler**

(DW 3429)

Arbeitsrecht der Industrie, Sozialversicherung, Inländischer Arbeitsmarkt, KV-Betreuung: Nahrungs- und Genussmittel, PPV, KV-Gemeinschaft Eisen/Metall



**Ing. Johann Markl**

(DW 3414)

ArbeitnehmerInnenschutz, Arbeitsgestaltung, Betreuung aller Fachverbände in technischen Belangen der Berufsausbildung, Industrielehre



**Mag. Michael Renelt**

(DW 3460)

Wirtschaftspolitik, KMU-Politik, Exportpreis, Forschungs- und Technologiepolitik, Industriekonjunktur, Industriestatistik



**DI (FH) Christian Kaiser**

(DW 3423)

Energie- und Klimapolitik, Nachhaltigkeit und Rohstoffe, Umweltverträglichkeitsprüfung UVP



**Mag. Richard Guhsl**

(DW 3435)

Allgemeine Umweltpolitik, Wasser, Luftqualität, Lärm, Chemikalien, REACH, GHS, Ressourceneffizienz, Biodiversität und Naturschutz



**Mag. Andrea Bärenthaler**

(DW 3403)

Abfall, Abfallwirtschaft, Änderungen im Betriebsanlagenrecht, Anlagenrecht allgemein, Boden, Bodenschutz, Umweltmanagementsysteme



**Mag. Hagen Pleile**

(DW 3214)

Recht und Infrastruktur, Wettbewerbsrecht, Verkehrspolitik, Gewerberecht, allg. Rechtsfragen, Nomenwesen, Vergaberecht, Arge Palettenpool



